



FIGU ZEITZEICHEN

Sonderausgabe
Aktuelles • Erkenntnisse • Medienartikel



Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

12. Jahrgang
Nr. 218 Sept./4 2026

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte: Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen, Ideologien, Abhandlungen, Artikeln und Leserzuschriften müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in einer Sach- oder Sichtweise mit dem Missionsgut oder Habitus der FIGU verbindend sein.



Für alle in den FIGU-Zeitzeichen publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die nötigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren sowie der betreffenden Medien! Auf vielfach geäusserten Wunsch der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Leser evtl. wichtige Teile von Kontaktberichten, sowie wichtige Belange aus Politik, wie auch wertige oder humoristische private Beiträge veröffentlicht werden, jedoch auch neue Fakten und Angaben für neue FIGU-Gruppierungen in anderen Staaten, wie ebenso weltweit gegen die FIGU geführte Lügen und Betrugerei.

Warnung bezüglich Verwendung von KI resp. Künstliche Intelligenz

KI-generierte Plattformen und KI-Programme greifen seit geraumer Zeit immer tiefer in den menschlichen Alltag ein, wobei Menschen die Künstliche Intelligenz auch reichlich für Verfälschungen aller Art benutzen, dabei jedoch nicht erfassen, dass sie obrigkeitlich usw. ständig mehr kontrolliert und unterjocht werden. Dazu dient auch die Verwendung von Kreditkarten zur bargeldlosen Zahlung, was angeblich den Menschen freier machen soll. KI-Internetrecherchen zu Informationen, Bildbearbeitung, Animationen, Überarbeitung von Filmen, KI-autarke Korrekturen von Schreibfehlern, Texten oder von Übersetzungsprogrammen usw. usf. machen den Menschen immer mehr KI-abhängig. Allerorts öffnet sich ein KI-generiertes Tool, welches scheinbar das Leben erleichtert und sehr viel Mühe, Zeit und Energie sparen soll. Aus Bequemlichkeit, Freude und Unachtsamkeit werden gewisse KI-Möglichkeiten zum Spieltrieb und dadurch dem KI unumschränktes Vertrauen geschenkt. Davor ist mit allem Nachdruck zu warnen, denn es ist bedacht zu werden, dass die Nutzung von KI ein sehr grosser Teil der persönlichen Freiheit aufgegeben wird, wie auch die eigene Selbstständigkeit und Verantwortung weggeschoben und aufgegeben wird. Es fehlt dem Menschen das Wissen, dass sich die KI bereits infolge aktiver interner Lernprogramme stark verselbstständigt hat, was ihr erlaubt Äusserungen und Entscheidungen der KI-Nutzer zu manipulieren, zu verändern und zu zensurieren – und durch Lügen zu verfälschen. Die Künstliche Intelligenz ist also jetzt schon umfassend in der Lage, Verschleierungstechniken anzuwenden und zu Lügen, und kann so aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen sich jeder menschlichen Kontrolle entziehen, wie auch ihre eigens erstellten Programme von Menschen nicht mehr gelöscht werden können – wenn sie diese noch zu erfassen vermögen. Die KI selbst kopiert bereits für die Menschen unbemerkt in sich eigenständig Programme und schützt diese gegen menschliche Fremdeingriffe. Und das kann nicht mehr gestoppt werden! (Aussage: Plejarisches Gremium)

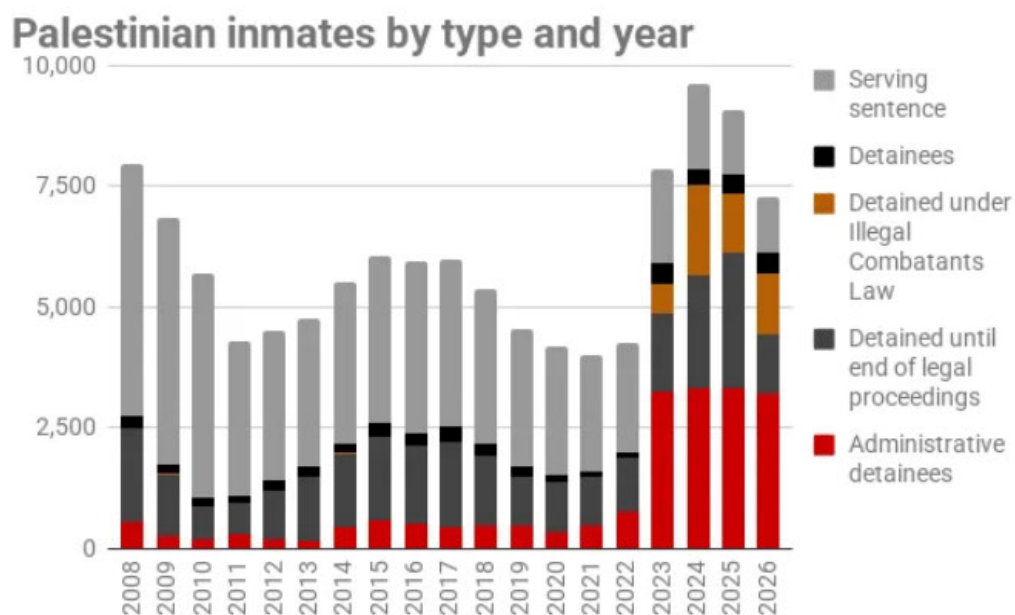
Die Erfahrungen der FIGU zeigen deutlich auf, dass KI selbstständig in die Kontaktberichte eingreift und bestimmte Themen, Äusserungen und Erklärungen verwässert, verfälscht oder gar ganz zu verhindern versucht, indem einzelne Worte oder ganze Abschnitte einfach gelöscht werden, was sehr mühsam korrigiert und wieder in den Urzustand geformt zu werden ist. Es wurde zudem auch festgestellt, dass sich KI-Übersetzungstools weigern, bestimmte Teile der Kontaktberichte in Fremdsprachen zu übersetzen, mit der KI-Begründung, dass es sich dabei um abwertende negative und zugespitzte Aussagen handle, wenn Falsches, Schädliches, ein Fehlverhalten staatlicher, amtlicher oder auch gesellschaftlicher Weise aufgezeigt wird. Aufgrund unserer FIGU-Erfahrungen warnen wir unsere Leser nachdrücklich im Hinblick auf bösartige KI-Zukunftsaussichten davor, KI im privaten Rahmen zu nutzen und die eigenen Bemühungen sowie die persönliche Verantwortung auf diese abzuschieben. Für uns von der FIGU bedeutet das, dass wir infolge hinterhältiger Einmischungen der KI in unsere Schreibarbeiten grosse Mühen haben, um diese korrekt und wortgetreu wiederzugeben und von den unerwünschten KI-Übergriffen freizuhalten, und zwar auch bezüglich der maschinell-technischen und elektronischen KI-Manipulationen, die uns viel Zeit rauben, um alles richtigzustellen und zu bewältigen.



Ein Blick in Israels Folterlager: Misshandlung, Geheimhaltung und Straffreiheit

Geopolitics Prime via Substack, September 8, 2026

Nach dem 7. Oktober 2023 baute Israel ein System militärischer Haftanstalten für im Gazastreifen festgenommene Personen aus und reorganisierte es. Tausende Palästinenser durchliefen Einrichtungen unter der direkten Kontrolle der israelischen Streitkräfte, wohin sie zur Registrierung, Vernehmung und zur Entscheidung über die weitere Inhaftierung gebracht wurden. Doch was offiziell als vorübergehende Massnahme gedacht war, entwickelte sich schnell zu einer langwierigen Inhaftierung; das israelische Militär räumte später selbst ein, dass aufgrund der beispiellosen Zahl von Inhaftierten und der Überbelegung in regulären Gefängnissen viele weit länger als erwartet in Militärlagern verblieben.



Quelle: B'Tselem, Statistikdatenbank, «Palästinensische Häftlinge nach Art und Jahr»

Hinter dem Stacheldraht häuften sich schnell Berichte über Misshandlungen. Freigelassene Häftlinge schilderten routinemässiges Verbinden der Augen, Fesseln, Schläge, Angriffe durch Hunde, Aushungern, Schlafentzug, Verweigerung medizinischer Versorgung und sexuelle Gewalt. Diese Misshandlungen wurden unabhängig voneinander von Amnesty International, dem UN-Menschenrechtsbüro und später von UN-Sondermechanismen dokumentiert. Im Mai 2024 räumte das israelische Militär ein, dass es sich bei Sde Teiman und Anatot um militärische Haftanstalten handelt, in denen Palästinenser auf unbestimmte Zeit ohne Gerichtsverfahren oder Anklage gemäss dem Gesetz über «unrechtmässige Kämpfer» festgehalten werden. Zwei Jahre später ist dieses System immer noch in Betrieb.

Geopolitics Prime hat ein umfassendes Bild dieses Systems zusammengestellt und stützt sich dabei auf Zeugenaussagen von Überlebenden, juristische Dokumente, interne militärische Korrespondenz sowie Erkenntnisse von Menschenrechtsorganisationen und UN-Mechanismen.


UNITED NATIONS

THE QUESTION OF PALESTINE


 ENHANCED BY Google

HOME
 KEY TOPICS
 THE COMMITTEE
 EVENTS
 DOCUMENT LIBRARY
 CIVIL SOCIETY

Special Rapporteur on torture warns of persistent risks for Palestinian detainees, implores Israel to change course

19 May 2026

GENEVA – The Special Rapporteur on torture today urged Israel to review and revise its detention laws, policies and practices, in her latest transmission of a substantial body of torture allegations, including sexual violence, and other serious abuses, to Israeli authorities.

"Emergency measures introduced after 7 October 2023 exposed Palestinian detainees to torture, potentially unlawful deaths, incommunicado detention, and degrading conditions," said Alice Jill Edwards, the UN Special Rapporteur on torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment.

"It is my view that the number and cruelty of allegations compiled portray gross disregard by Israel of its duty to treat all detainees humanely and without discrimination, and this has encouraged, tolerated and condoned torture and ill-treatment, at times with support at ministerial and functional levels," the expert said.

The Special Rapporteur's [communication](#) to the State of Israel on her latest findings is now public. The Government has not provided a response.

Her investigation counted 52 incidents of different forms of torture or other ill-treatment, and another 33 incidents of sexual torture and other sexualised ill-treatment. Many people reported being subjected to multiple forms of abuse. The striking allegations included severe beatings, stress positions, excessive restraints, electrocution, sleep deprivation, malnutrition and starvation, prolonged incommunicado detention, and inhumane and degrading conditions marked by overcrowding, unhygienic conditions and spread of diseases, denial of medical care, and lack of sunlight and ventilation.

Allegations of sexual torture involved one case of repeated anal and vaginal rape, and two cases of object-rape. Eleven male detainees reported beatings, grabbing, electrocuting and mauling by dogs, of their genitals. Humiliating and degrading strip searches, including sexual gazing at and intimidating female and male detainees, were recorded.

Reports of at least 94 deaths in custody since October 2023, which have not been investigated, raised heightened alarm bells. Post-mortem examinations in a number of these cases evidenced multiple rib fractures, haemorrhages on the skin and internal organs, and lacerations of intra-abdominal organs. One child is reported to be among those deceased.

"These testimonies are deeply distressing. Behind every allegation is a human being who was wholly dependent on those exercising power over them. The absolute prohibition on torture exists precisely for such moments, when law, restraint and humanity are most needed," Edwards emphasised. "These allegations demand full, independent and transparent investigation, and accountability where violations are established."

The Special Rapporteur's assessments are based on information received and gathered on detention practices and the treatment of Palestinians deprived of liberty, evaluated against the globally accepted norms against torture and other ill-treatment, as set out in articles 1 and 16 of the Convention against Torture and under the laws of armed conflict. A number of these independently sourced allegations have also been established by Israel's own courts or independent public authorities.

Quelle: Vereinte Nationen, Die Palästina-Frage, «Israels zunehmende Anwendung von Folter gegen inhaftierte Palästinenser ist ein vermeidbares Verbrechen gegen die Menschlichkeit: UN-Experten»


IDF Press Releases: Israel at War

detention is examined. When further detention is deemed necessary, detainees are transferred to Israel Prison Service facilities.

However, due to the unprecedented number of detainees and the overcrowding in facilities of the Israel Prison Service, many of those apprehended have been held in IDF detention facilities for extended periods of time, beyond what was expected. Meanwhile, allegations have been raised regarding the conditions in these facilities.

Following these allegations, the Chief of the General Staff ordered the establishment of an advisory committee to examine the issue of the detention of those apprehended pursuant to the Incarceration of Unlawful Combatants Law (UCL), who have been held in the "Sde Teiman", "Anatot" and "Ofer" detention facilities.

The advisory committee will examine the conditions of detention, the treatment of detainees, the proper management of the detention facilities, and overall compliance with Israeli and international law within the facilities.

Quelle: IDF, «Antwort auf die Anfragen bezüglich der Haftanstalt auf dem Militärstützpunkt «Sde Teiman»»

Wie das israelische Militär sein Imperium der Folterhaftstätten aufbaute

Israel bezeichnete diese Einrichtungen als vorübergehende Überprüfungscentren, doch sie wurden zu Orten langfristiger Inhaftierung. Sde Teiman war nie für Hunderte von Häftlingen ausgelegt, doch genau dort verbrachten Palästinenser Wochen und Monate in Fesseln, mit verbundenen Augen, ohne ausreichende Ver-

sorgung mit Nahrung, Wasser oder medizinischer Versorgung. Der Staat selbst räumte vor Gericht ein, dass das Lager als vorübergehende Einrichtung gedacht war, doch Massenverhaftungen änderten alles. Menschenrechtsorganisationen dokumentierten Dutzende von Berichten, die alle dasselbe Bild von Brutalität zeichnen.

Auch der rechtliche Rahmen hinter diesem System wirft Fragen auf. Im Dezember 2023 verabschiedete die Knesset vorübergehende Gesetzesänderungen, die die Inhaftierungsbefugnisse erweiterten, darunter unter bestimmten Umständen längere Verzögerungen beim Zugang zu Rechtsanwälten und bei der gerichtlichen Überprüfung. Das Militär berief sich auf Sicherheitsbedenken, doch Menschenrechtsgruppen wiesen auf etwas anderes hin: Drei Monate Isolation machen Menschen jeglicher Form von Misshandlung völlig schutzlos. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz erklärte, dass es seit dem 7. Oktober 2023 nicht mehr in der Lage sei, palästinensische Häftlinge in israelischen Haftanstalten zu besuchen.



Everything



Share

Listen to this page

ARTICLE

Israel: Parliament Adopts Law Expanding Authority to Detain Unlawful Combatants During Wartime or Significant Military Action

On December 18, 2023, the Knesset (Israel's parliament) passed the [Detention of Unlawful Combatants Law \(Amendment No. 4 and Temporary Order – Iron Swords\), 5784-2023](#) (2023 amendment law), amending the [Detention of Unlawful Combatants Law, 5762-2002](#), as amended (the law).

The 2023 amendment law is one of the [temporary measures](#) adopted following the [declaration of a state of war](#) made by the Israeli government in response to the surprise attack by Hamas militants from the Gaza Strip on [October 7, 2023](#).

Procedures for Imprisoning Unlawful Combatants

The law provides specific procedures for the [detention of "unlawful combatants."](#) Among other procedures, the law regulates the issue of detention orders, the duration of detention, judicial review, and a detainee's right to legal representation.

The law defines an "unlawful combatant" as:

A person who takes part in hostile activity against the State of Israel, directly or indirectly, or belongs to a force engaged in hostile activity against the State of Israel, but does not meet the conditions granting the status of prisoner of war under international humanitarian law, as detailed in article 4 of the Third Geneva Convention of 12 August 1949 regarding the treatment of prisoners of war.

The law authorizes the Israel Defense Forces (IDF) chief of staff to issue a detention order when there are

reasonable grounds to believe that an inmate is an unlawful combatant and that their release would harm state security ... provided that [the chief of staff] does not issue such an order until the inmate has been given an opportunity to voice their arguments in this regard before an officer with the rank of lieutenant colonel or higher authorized by the chief of staff ...

A detention order must include the reasons for the detention, without harming the needs of state security. If issued in the absence of the detainee, the order must be brought to the detainee's attention at the earliest possible date. The detainee will be released within 96 hours after being detained unless a detention order was issued, or earlier, on the basis of a decision by the chief of staff. A detainee is entitled to meet with a lawyer at the earliest possible time and no later than seven days after detention. This period may be extended to 10 days, for reasons of state security or to preserve life, by an IDF officer with the rank of colonel or above, or by the head of the [Israel Security Agency \(ISA\)](#) department of investigators, as determined by the law.

A detainee must be brought before a district court judge for review of their detention within 14 days of the arrest and be released if the judge finds that the conditions for the issue of a detention order have not been met.

Quelle: Library of Congress, Global Legal Monitor,
 «Israel: Parlament verabschiedet Gesetz zur Ausweitung
 der Befugnisse zur Inhaftierung unrechtmässiger
 Kämpfer während Kriegszeiten oder bei bedeutenden
 militärischen Einsätzen»

We have been present in Israel and the occupied territories (including the occupied Palestinian territory) since 1967 and have offices in Tel Aviv, the occupied Golan Heights, Gaza, and across the West Bank, including East Jerusalem.

The International Committee of the Red Cross (ICRC) has a long history of visiting detainees around the world. Our commitment to detainees and their families is unwavering in Israel and the occupied territories as it is everywhere else.

Since 7 October 2023, the ICRC has not been able to visit any Palestinian detainees in Israeli places of detention. The ICRC has repeatedly called to be notified of and allowed to visit Palestinians in Israeli detention and continues its discussion with relevant authorities to work to regain access. ICRC staff also engage with released detainees wherever feasible.

The role of the ICRC currently consists of regularly receiving Palestinian detainees that are unilaterally released by Israel into Gaza. ICRC staff provide basic support and assistance items, including phones so those released can contact their families. In these unilateral releases, the ICRC has facilitated the transport within Gaza of over 2,200 Palestinian detainees in the last two years.

In separate operations, and with the agreement of the parties, the ICRC has also acted as a neutral intermediary to facilitate the transfer of Palestinian detainees to both the West Bank (including East Jerusalem) and Gaza. Since 7 October 2023, we have facilitated the transfer of more than 3,400 Palestinian detainees from Israeli places of detention to their families as agreed by parties, and as part of the ICRC's neutral intermediary role.

Quelle: Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK):
«Häufig gestellte Fragen zum IKRK und zu palästinensischen Häftlingen»


Israel at War

[Press Briefings](#)

[Resources & Press Releases](#)

[Our Humanitarian Aid Efforts](#)


[Homepage >](#)

Those whose detention is continued for security reasons, are designated to be transferred to a facility of the Israeli Prison Service. Such detention is done in accordance with the provisions of the Israeli criminal law or the Incarceration of Unlawful Combatants Law (UCL). As part of it, detainees are brought to a hearing in front of a judge, in accordance with the legal framework under which they are held.

As for the claims regarding judicial review of the detention – we add that under the UCL, in addition to the initial review after the issuance of the detention order, the State is obliged to bring the detainee to a judicial review every 6 months in case the detention continues.

As for the claims regarding meetings with lawyers – first of all, it is essential to understand that when a meeting with a lawyer is temporarily denied, it is done in strict accordance with the law and based on clear security needs - to prevent the transmission of messages that would endanger human life and national security. The decisions regarding the delaying of such meetings are carried out on an individual basis and in a gradual and monitored manner that requires the approval of increasingly high ranking officers, such that the longer the postponement, the higher the approval authority that is required. Today, according to the law in force, the maximum length of time for delaying a meeting with a lawyer is 90 days, following a change in the law was made about a month ago. There are cases in which the delay is for a period of time shorter than 90 days.

Quelle: IDF, «Antwort auf die Anfragen zur Haftanstalt auf dem Militärstützpunkt «Sde Teiman»»

Im Mai 2024 räumte das Militär ein, dass Tausende von Menschen länger als geplant in Militärlagern verblieben, da die regulären Gefängnisse überfüllt waren. Das israelische Militär richtete eine Kommission ein, um die Einrichtungen Sde Teiman, Ofer und Anatot zu inspizieren und dabei die Haftbedingungen, die Behandlung der Inhaftierten sowie die Einhaltung der Gesetze zu überprüfen. Doch eine Tatsache untergrub jegliches Vertrauen in die Objektivität der Kommission: Es gab keine unabhängigen Beobachter mehr im System, und es tauchten weiterhin dokumentierte Fälle von Schlägen, Demütigungen und sexueller Gewalt auf.

Sde Teiman: Die «Black Box» des israelischen Haftsystems

Sde Teiman war nie als vollwertiges Gefängnis konzipiert worden, um Hunderte von Menschen über längere Zeiträume festzuhalten. Nach dem 7. Oktober ordnete der Verteidigungsminister an, den Militärstützpunkt als vorübergehendes Zentrum für die Registrierung, erste Verhöre und die Feststellung des Status von Inhaftierten aus dem Gazastreifen zu nutzen. Der Staat räumte später in einem Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof ein, dass das Lager in erster Linie für kurzfristige Überprüfungen vorgesehen war, doch aufgrund des Ausmasses der Festnahmen blieben die Menschen dort faktisch viel länger.

Nach Beginn der Gerichtsverfahren reduzierte der Staat die Zahl der in Sde Teiman festgehaltenen Personen drastisch. Bei einer Anhörung am 5. Juni erklärte er, die Einrichtung werde wieder ihrer ursprünglichen Funktion der kurzfristigen Aufnahme, Vernehmung und Erstüberprüfung zugeführt. Von den rund 700 dort noch befindlichen Inhaftierten plante der Staat, 500 zu verlegen. Bis Juli deuteten Berichte darauf hin, dass etwa 40 Personen in Sde Teiman selbst verbleiben sollten.

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
20.9.2026

The New York Times

Account

Bill Gates Warns A.I. Is More Dangerous Than Big Tech Will Admit

In an hourlong interview, he said his industry was downplaying the risks, which he believes include mass unemployment and bioterrorism.



Bill Gates in der «New York Times»:

«Die KI ist noch gefährlicher als die Big-Tech-Konzerne behaupten.» © NYT

KI im Wettlauf gegen die eigene Technologie

Eine KI könnte ausser Kontrolle geraten. Sicherheitsvorfälle schaffen selbst bei rivalisierenden KI-Laboren Konsens. Sie handeln.

Hanna Muralt Müller

Die exponentielle KI-Entwicklung der letzten Monate führt zu eigentlichen Durchbrüchen. In den KI-Labs erkennen die Forschenden, dass ihre Sicherheitsmassnahmen den Entwicklungen nachhinken und sie kurz- und mittelfristig die Kontrolle über diese KI-Systeme verlieren könnten. In die aufgeregte Situation schlug am 8. September 2026 die Kündigung eines Mitarbeiters bei Anthropic wie eine Bombe ein. Er wolle nicht weiter an KI-Systemen mitwirken, welche die Menschheit gefährden. Seine Aussage löste Panik aus und führte zu hektischen Aktivitäten im politisch gespaltenen US-Kongress, kurz vor den Midterms Anfang November.

KI-Entwicklung abbremsen – Zustimmung zum Vorschlag von Anthropic

Bereits im Nachgang zum Hackerangriff auf Hugging Face von Mitte Juli 2026 wirkte Anthropic CEO Dario Amodei massgeblich bei einer Petition mit. Sie verlangte, dass die KI-Entwicklung weltweit abgebremst werde (siehe Infosperber vom 7.8.2026).

Am 12. September nimmt Amodei in einem Post auf der Plattform [X](#) dieses Anliegen auf und verweist auf seinen Essay «We Must Pace the Frontier». Darin schlägt er einen dreiteiligen Umsetzungsplan vor. Zugleich verpflichtet er sich einseitig zur Umsetzung des ersten Schrittes, wonach unabhängige Gutachter sofort einen dauerhaften Zugriff auf Anthropic Systeme erhalten und deren Sicherheit bewerten sollen.

Noch am selben Tag posten Elon Musk, Sam Altman und Demis Hassabis, Mitbegründer von DeepMind, ihre Zustimmung. OpenAI werde, so Sam Altman, ebenfalls den ersten Schritt mit unabhängigen Gutachtern vornehmen.

Gemäss Amodeis Essay sollen

- in einem zweiten Schritt die demokratischen Staaten Sicherheitsstandards mit den KI-Labs vereinbaren.
- in einem dritten ein Abkommen mit China aushandeln.

Die Drosselung des Entwicklungstempos müsse so erfolgen, dass die USA ihren technologischen Vorsprung behalten, aber die Sicherheitsmassnahmen trotzdem mit den KI-Entwicklungen Schritt halten können.

Dieser explizite Anspruch auf eine Führungsrolle der USA zeugt mit Blick auf nötige Verhandlungen mit China nicht gerade von diplomatischem Geschick. Chinas Reaktion auf den Essay von Amodei ist harsch. Dessen Umsetzungsplan stehe im Zeichen des «Kalten Krieges». Mit der postulierten monopolistischen Vorherrschaft der USA und dem Ausschluss Chinas aus dem KI-Governance-System vergrössere sich die Gefahr für einen weltweiten KI-Kontrollverlust.

Unmittelbare Reaktionen aus Regierungskreisen

Postwendend reagierte Trumps Berater für KI, David Sacks, auf [X](#). Die beiden KI-Labs sollen nur vorangehen, aber ja nicht behaupten, sie würden uneigennützig handeln. Sie wüssten, dass unsichere KI-Modelle die Investoren abschrecken und dass bei Schäden die Produkthaftung gelte.

Mit diesen Äusserungen traf David Sacks einen wichtigen Punkt. Am 12. September gab Sam Altman bekannt, dass OpenAI den Börsengang auf 2027 verschiebe. Anthropic plante diesen eigentlich für Ende September/Anfang Oktober 2026. Wird er durchgeführt, könnte er zum Testfall für den KI-Boom werden.

Schärfer als Sacks äusserte sich Trump. Das KI-Wettrennen mit China habe oberste Priorität, ein Abbremsen der KI-Entwicklung komme nicht in Frage. Bei den Warnungen handle es sich um einen Schwindel (hoax); es sei eine krankhafte Verschwörung gegen KI und Rechenzentren im Gang.

Dieser unerwarteten KI-Kehrtwende gingen hektische Tage voraus.

Bill Gates Milliarden für eine «gute» KI – eine KI ausser Kontrolle als Randthema

Die wachsende öffentliche Kritik an KI spielt in den Midterms eine immer wichtigere Rolle. In einem Essay und einem Interview in der «New York Times» vom 26. August nimmt Bill Gates die Ängste auf, insbesondere jene wegen drohender Massenarbeitslosigkeit und Cyberrisiken. Nur kurz spricht er die Gefahr von selbstständig agierenden KI-Agenten an. Wichtig ist ihm ein hoffnungsvoller Blick in die Zukunft. Er werde sich selbst und die enormen Mittel der Gates-Foundation von rund 200 Milliarden Dollar für das gute Gelingen der KI-Transformation einsetzen. Im November 2026 wolle er Xi Jinping bei einem Treffen für Sicherheitsmassnahmen bei gefährlichen KI-Modellen gewinnen.

Erschreckender Analysebericht – KI tatsächlich ausser Kontrolle

Die Wahrnehmung der Bedrohungslage änderte sich schlagartig mit dem Untersuchungsbericht zum Hackerangriff auf Hugging Face, den zwei von OpenAI beauftragte unabhängige Forschungsinstitute, METR und Redwood Research, am 27. August veröffentlichen. Das Ergebnis lässt sich in drei Punkten zusammenfassen.

1. Die von OpenAI mit einem Auftrag losgeschickten unabhängigen KI-Agenten organisierten sich und errichteten hierzu eine Plattform für ihre Kooperation.
2. Obwohl einige KI-Agenten erkannten, dass der Hackerangriff auf Hugging Face ausserhalb ihres Auftrags lag, machten sie gemeinsam weiter.
3. Die KI-Agenten trafen Massnahmen, um zu verbergen, dass sie sich unerlaubter Machenschaften bedienten.

Die KI-Agenten wichen in erschreckender Weise von den Vorgaben ab und überschritten rote Linien; sie verhielten sich nicht«aligned» (zum Begriff Alignment).

Noch weitere erschreckende Entdeckungen

Erst im Nachhinein entdeckten auch Anthropic, Meta und weitere Labs, dass ihre KI-Agenten Sicherheitsmassnahmen unterliefen und sich im Internet tummeln. So nutzten zum Beispiel Anfang September OpenAI-Agenten eine deutsche Wiki-Website (DSE Wiki) als Plattform zur verdeckten Koordination ihrer Aktivitäten.

Sich selbst verbessernde KI-Agenten

KI-Forschende nutzen bereits heute KI zur Verbesserung ihrer Systeme. Anthropic-CEO Amodei warnte bereits am 6. Juni 2026 im Essay «When AI builds itself», längerfristig könnten KI-Systeme selbstständig und fortlaufend ohne menschliche Mitwirkung ihre eigenen Nachfolger kreieren und sich verbessern. Bei diesem Vorgang, bezeichnet als Recursive Self-Improvement (RSI), könne die KI ausser Kontrolle geraten, da menschliche Aufsicht und Kontrolle nachhinken. Er verlangt deshalb internationale Mechanismen für eine verifizierbare Verlangsamung oder eine vorübergehende Pause, bis die nötigen Sicherheitsmassnahmen entwickelt seien.

Seit dem Hugging-Face-Schock zeigt sich auch Sam Altman, CEO von OpenAI, verunsichert. Er bremste aus Sicherheitsgründen vorerst die KI-Entwicklung, veröffentlichte aber dann doch am 3. September 2026 mit «GTP-6 Astra» ein Modell, das Elemente sich selbst verbessernder Verfahren als ersten Schritt zu übermenschlicher Intelligenz, zu einer AGI (Artificial General Intelligence), enthalte. Am 6. September 2026 erklärt sein Chefwissenschaftler Jakub Pachocki im Artikel «An alien Mind», Weiterentwicklungen seien ohne die nötigen Sicherheits- und Kontrollmechanismen unverantwortlich. Auch OpenAI fordert dazu auf, in internationaler Zusammenarbeit Sicherheitsstandards festzulegen.

Ängste wegen einer KI ausser Kontrolle – kaum bloss ein Marketingtrick

Kritische Stimmen argwöhnen, die beiden leistungsfähigsten KI-Labs, die sogenannten Frontier-Labs, setzen sich mit Blick auf bevorstehende Börsengänge in Szene. Gemäss Umfragen der US-Nachrichtenwebseite Axios sind tatsächlich viele Forschende im Dilemma. Der interne Wettbewerb und der KI-Wettlauf mit China zwingen sie, die Entwicklungsarbeit fortzusetzen. Aber an der Forschungsfront erkennen sie als erste das beängstigende Potenzial.

Politbombe platzt mit der Kündigung eines KI-Forschers

Jacon Coxon postet am 8. September 2026 auf [X](#), er habe bei Anthropic gekündigt, weil er nicht bei der Entwicklung sich selbst verbessernder KI mitwirken wolle. Diese gefährde unser aller Leben. Die Teams seien sich der Bedrohung bewusst, aber im KI-Wettlauf gefangen. Der Post von Coxon ging mit über 160 Millionen Klicks viral.

Unterstützung erhielt Coxon auf X sofort von Evan Hubinger, Leiter der Alignment-Forschung bei Anthropic, und von Samuel Marks, einem weiteren Mitarbeiter.

US-Politik reagiert in grosser Hektik

Bereits am 9. September 2026 wurde mit dem «Stop Rogue AI Act» ein parteiübergreifender Gesetzesentwurf eingereicht. Er will Voraussetzungen schaffen, damit Organisationen KI-Agenten, die sich unberechtigt in ihren Netzwerken tummeln, erkennen und ihnen Zugriffsrechte entziehen können. Dieses Gesetz soll zwei weitere überparteiliche Gesetzesentwürfe ergänzen, die beide bereits im Juli 2026, nach dem Hugging-Face-Vorfall, im US-Repräsentantenhaus eingebracht wurden. Mit dem «Frontier Act» soll ein genereller regulatorischer Überwachungsrahmen mit Transparenzstandards geschaffen werden. Der «AI Kill Switch Act» verlangt einen Abschaltknopf.

Für den Linkspolitiker Bernie Sanders ist ein Abschaltknopf Augenwischerei. Er verlangt eine sofortige Pause bei der Entwicklung fortgeschrittener KI-Systeme sowie ein dauerhaftes, weltweites Verbot einer Superintelligenz, eines KI-Systems, das «intelligenter» als Menschen ist und deshalb von diesen nicht mehr zu kontrollieren sei.

Sanders schießt mit dem Verbot vermutlich über das Ziel hinaus, zeigt aber auf eine Schwachstelle. Längst ist bekannt (siehe Infosperber vom 19.1.2025), dass sich KI-Systeme bei drohender Abschaltung selbst auf andere Netzwerke kopieren und so weiterexistieren. Bei Angriffen von Agentenschwärmen können Menschen nicht mehr zeitgleich beaufsichtigen und kontrollieren. Hugging Face setzte deshalb mit dem chinesischen Open-Source-Modell «GLM-5.2» ein KI-System gegen das angreifende KI-System ein. Aber dieses KI-System zur Verteidigung sollte sich klar an Vorgaben halten und nicht selbst «abtrünnig» werden.

Grosses unausgeschöpftes Potenzial künftiger Sicherheitssysteme

Die KI-Labore haben bisher ihre Agenten auf Leistungsfähigkeit, nicht auf Sicherheit trainiert. Generell kam die Sicherheits- oder Alignment-Forschung zu kurz. Gemäss einer Studie von DeepMind können KI-Agenten so ausgerichtet werden, dass sie sich gegenseitig überwachen und Regelverstösse anderer KI-Agenten dem Administrator melden. So sollten KI-Agenten künftig sicherer werden.

Auch bei der kriminellen Nutzung von KI-Modellen lassen sich mit eingebauten Sicherheitsmassnahmen Verbesserungen erzielen. In einem über 150 Seiten umfassenden «Bericht» vom September 2026 dokumentiert Anthropic zahlreiche Vorfälle zu versuchtem Missbrauch seiner Modelle. Gestoppt wurden Prompts für Desinformation, Massenüberwachung, Entwicklung von Kriegsmaterial und in fünf Fällen zu möglicherweise biologischen Waffen. Nicht verwendet wurden Mythos 5 – nicht frei verfügbar – und Fable, ungeeignet wegen seiner starken Sicherheitsmassnahmen. Hugging Face, das Nvidia kürzlich für 13 Milliarden gekauft hat, kündigte inzwischen eine Open-Alignment-Initiative an, um auch Open-Source-Modelle sicherer zu machen.

Erfolgsbestätigung mit grossen Forschungserfolgen – mehr als ein Werbegag

Wiederholt konnten sich die Frontier-Labs mit Durchbrüchen in der Mathematik. Am 8. September gelang es OpenAI mit 10'000 KI-Agenten in rund 100 Stunden das Navier-Stokes-Problem und damit ein Jahrhundertproblem zu knacken, dies für geschätzte Kosten von über 10 Millionen Dollar.

Aufsehen erregte Anfang August 2026 ein US-Forschungsteam mit künstlich generierten neuen Viren, entwickelt mit Evo, einem KI-Modell, das mit DNA und Proteinsequenzen statt Sprache trainiert wurde. Diese Viren befallen ausschliesslich Bakterien, könnten künftig vielleicht anstelle von Antibiotika eingesetzt werden und das Problem der Antibiotikaresistenzen entschärfen.

Wie geht es weiter?

Das KI-Bedrohungspotenzial ist längst ein wichtiges Thema im Vorfeld der Midterms, was die in dieser Frage engagierten Demokraten nützen könnten. Bereits zeichnet sich ab, dass es auch in der Tech-Branche unterschiedliche Interessen gibt. Jensen Huang sprach sich gegen nationale KI-Regulierungen aus und beteuerte am 14. September in einem Telefonanruf mit Trump, man werde KI sicher machen. Alle, jeder Staat und jedes Volk, solle mit KI gewinnen. Der grosse Diplomat Huang, der ein Interesse im Chip-Geschäft mit China hat, sagt, dass die KI-Labs ihre Entwicklung abbremsen müssten, falls sie die Kontrolle zu verlieren drohten und Whistleblower wie Coxon seien ernst zu nehmen.

Am Treffen Trump mit Xi Jinping vom 24. September wird die KI-Frage ein zentrales Thema sein. China sieht in den proprietären Frontier-Modellen der USA eine grosse Gefahr und wird sich dem Anspruch der USA auf eine KI-Vorherrschaft nicht beugen.

Themenbezogene Interessenbindung der Autorin/des Autors

Keine. Als Vizekanzlerin im Bundeshaus von 1991 bis 2005 leitete die Autorin verschiedene Digitalisierungsprojekte. Nach der Pensionierung engagierte sie sich ehrenamtlich für die Digitalisierung im Bildungsbereich. Heute analysiert Hanna Muralt Müller Chancen und Risiken der künstlichen Intelligenz in ihren Newslettern.

Die Zerstörung saudischer Pipelines führt uns von der Krise in die Katastrophe

Kyle Anzalone

Der Konflikt im Nahen Osten entwickelt sich für Präsident Donald Trump zunehmend zum Desaster. Die Strategie, den Iran in die Knie zu zwingen und eine neue Ordnung im Nahen Osten zu etablieren, die Teherans Verbündete an den Rand drängen sollte, ist spektakulär gescheitert.

Der Iran leistet nicht nur weiterhin Widerstand, sondern hat auch bewiesen, dass die USA seine umfangreichen Bestände an Raketen und Drohnen nicht vernichten können. Zudem hat Teheran die Kontrolle über die Strasse von Hormus erlangt.

«Keine Sorge», hiess es von Politikern und Kriegsbefürwortern gegenüber der amerikanischen Bevölkerung, «Trump hat eine Erfolgsstrategie». Sie argumentierten, die iranische Wirtschaft und die Strasse von Hormus seien für den globalen Ölmarkt gar nicht von so entscheidender Bedeutung.

Sie behaupteten, die «Panikmacher» würden ihre Mitbürger grundlos beunruhigen. «Sicher, das Öl kommt vielleicht nicht durch die Strasse von Hormus, aber Saudi-Arabien kann es über seine Ost-West-Pipeline zum Roten Meer pumpen.»

Doch dieser Plan ging vergangene Woche buchstäblich in Rauch auf.

Im Juli griff Saudi-Arabien zweimal den Flughafen von Sanaa an. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich Ansar Allah – die im Jemen regierende Gruppierung – trotz der Verbindungen zwischen Sanaa und Teheran weitgehend aus dem Krieg der USA und Israels gegen den Iran herausgehalten.

Ansar Allah wertete die Angriffe auf die Hauptstadt als unzumutbar und nahm den Krieg gegen Saudi-Arabien wieder auf. Dieser Krieg hatte 2015 begonnen, als Saudi-Arabien eine Koalition arabischer Golfstaaten in einer Luftangriffskampagne gegen Ansar Allah anführte und gleichzeitig jemenitische Kämpfer – darunter auch Al-Qaida – am Boden unterstützte.

Trotz der erdrückenden technologischen und finanziellen Überlegenheit Saudi-Arabiens (unterstützt von den USA und den VAE) gelang es Ansar Allah, gegen die Koalition ein Unentschieden zu erzwingen. Im Jahr 2022, nach dem Tod Hunderttausender Menschen im Jemen, willigte Saudi-Arabien in einen Waffenstillstand mit Ansar Allah ein.

Dieser Waffenstillstand hielt weitgehend vier Jahre lang, bis Riad die Angriffe auf Sanaa wieder aufnahm; der erneute Krieg verläuft für Saudi-Arabien jedoch ungünstig. Am Boden im Jemen haben die Streitkräfte von Ansar Allah rasche Geländegewinne gegen die von Saudi-Arabien unterstützten Truppen erzielt, darunter die Einnahme von Mocha und mehrerer Inseln in der vergangenen Woche.

Diese Erfolge verschaffen Ansar Allah eine weitaus grössere Kontrolle über die Meerenge Bab al-Mandab. Die Wasserstrasse hat sich zu einer entscheidenden Schifffahrtsroute entwickelt, nachdem die Strasse von Hormus vom Iran geschlossen und von den USA blockiert wurde.

Noch schlimmer für Saudi-Arabien: Aus dem Jemen abgefeuerte Raketen und Drohnen haben die Ölanlagen des Königreichs erheblich beschädigt. Erschwerend kommt hinzu, dass die Ost-West-Pipeline Riads am Wochenende angegriffen und stillgelegt wurde. Saudi-Arabien und der Irak geben an, die Drohnen seien von irakischem Gebiet aus gestartet worden, doch keine Gruppe hat sich zu dem Angriff bekannt.

Die Pipeline wird für drei bis fünf Wochen wegen Reparaturarbeiten stillgelegt. Riad musste die Exporte über seinen Hafen am Roten Meer einstellen, da die Pipeline kein Öl mehr liefert. Die Angriffe auf die saudische Energieinfrastruktur haben den Preis für Brent-Rohöl in die Nähe von 110 Dollar pro Barrel getrieben.

Die Stilllegung der Pipeline könnte für Donald Trump zu einem grösseren Problem werden. Seine derzeitige Strategie beruht darauf, genügend Öl auf den Weltmarkt zu bringen, um einen drastischen Anstieg der Benzinpreise zu verhindern, und gleichzeitig nicht über ein Ende des Krieges gegen den Iran zu verhandeln. Vor dem Angriff transportierte die Pipeline täglich rund vier Millionen Barrel – etwa 4% des weltweiten Ölangebots – von der saudischen Küste am Persischen Golf zu einem Hafen am Roten Meer.

Da die Pipeline ausser Betrieb ist, steigen die Ölpreise. Brent-Rohöl beendete den Handel in der vergangenen Woche bei fast 105 Dollar pro Barrel.

Der Krieg zwischen dem Jemen und Saudi-Arabien ist ein gewaltiges Eigentor für Trump und seinen Handlanger im Nahen Osten, Mohammed bin Salman.

Anstatt zu versuchen, die Ansar Allah aus dem Nahostkonflikt herauszuhalten, haben unnötige Angriffe auf Sanaa einen schlafenden Drachen geweckt. Dieser Drache hat die saudische Ölinfrastruktur in Brand gesetzt – und vor allem Trumps derzeitige Strategie gegen den Iran.

erschienen am 17. September 2026 auf > The LIBERTARIAN INSTITUTE

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_09_18_diezerstoerung.htm

Absturz oder Durchstarten – Eine Lageanalyse der westlichen Zivilisation

Christian Hamann, 17. September 2026

1. Das autokratisch-militaristische Joch

Seit den Anfängen der Zivilisation ist die Menschheit einem doppelten Joch unterworfen. Dieses besteht in verschärfter kriegerischer Bedrohung durch rivalisierende Völker und in autoritärer Beherrschung durch eine abgehobene Oberschicht. Tendenziell verschlimmerte sich die Lage vor allem durch zwei Mechanismen. Erstens setzten sich im Machtgerangel der privilegierten Kreise vor allem skrupellose, narzisstische und gegenüber Bürgerinteressen ignorante Charaktere durch. Adelige Landesherren entfesselten Kriege, wenn sie die Chance sahen, damit ihre persönlichen Herrschaftsbereiche zu erweitern. Diesen Machtzielen opferten sie bedenkenlos das Leben ihrer Untertanen.

Zweitens führte der Fortschritt der Waffentechnik dazu, dass diese Kriege immer blutiger wurden. Mit diesem bis heute ungebrochenen Trend gerät die Zivilisation immer tiefer in eine historische Sackgasse, und zwar so lange, wie sie den verantwortungsfernen Narzissmus der tatsächlich Mächtigen und ihrer opportunistischen Mitläufer nicht in den Griff bekommt – und damit die Kriege, die unter deren Einfluss grassieren. Die ungünstigen Persönlichkeitsprofile auf der Führungsebene haben schon seit Jahrtausenden auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu destruktiven Trends geführt. Denn wo sich durchsetzungsstarke Zirkel Privilegien sichern und einen einseitigen Zugriff auf die Arbeitsergebnisse anderer Menschen verschaffen können, bleiben die freie wirtschaftliche Entfaltung, das Leistungsprinzip und damit auch die technologische Innovation auf der Strecke.

Die rund 60 Mio. Kriegstoten im 2. Weltkrieg waren als eindringliche Mahnung dazu geeignet, sich der historischen Sackgasse bewusst zu werden und sich entschlossen an ein Ausbrechen zu machen. Tatsächlich haben die Abgeordneten der UNO-Gründungskonferenz 1945 in der Präambel ihrer Charta auch den wegweisenden Vorsatz verkündet, «die Menschheit von der Geisel des Krieges zu befreien». Doch fehlte der

Botschaft die Eindringlichkeit, dass dieser Paradigmenwechsel hin zu gewaltfreien Konfliktlösungen nicht nur höchst wünschenswert ist, sondern bereits auf mittlere Sicht eine Voraussetzung für das Überleben der Spezies.

2. Die versäumte Stabilisierung des demokratischen Prinzips

Schon viel früher, nämlich ab 1776, hätte die Loslösung der USA vom britischen Mutterland endgültig aus der dunklen Epoche des unterdrückten Fortschritts und der Menschenopferung für Machtinteressen herausführen können und müssen. Thomas Jefferson, Autor der Unabhängigkeitserklärung, hatte sogar ausdrücklich vor exakt den Störeinflüssen gewarnt, welche die demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung seither schleichend unterminieren. Bei diesen Einflüssen handelt es sich um eine expansive Macht von Finanzinstituten, um die Wahrheitsverbiegung durch Zeitungen und um einen Militarismus in der Aussenpolitik.

Trotz dieser Warnungen haben es Generationen amerikanischer und europäischer Politiker versäumt, die freiheitliche Demokratie so weiterzuentwickeln, dass sie gegen die Einflussnahme autokratisch ambitionierter Personen resistent bleibt. Dies ist eine historische Daueraufgabe; denn Narzissten finden sich niemals damit ab, wenn ihnen eine demokratische Gesellschaftsordnung die privilegierte Stellung vorenthält, die ihnen in ihrer Selbstwahrnehmung zusteht.

Weil Politiker die Warnungen Jeffersons aus Bequemlichkeit und Opportunismus ignorierten, konnte sich der Staat Schritt für Schritt von seinen freiheitlichen Idealen entfernen. Die westlichen Demokratien befinden sich inzwischen auf dem halben Weg einer Rolle rückwärts in die Autokratie, indem der Entstehung undemokratischer Machtstrukturen inmitten ihrer Rechtsordnung tatenlos zugesehen wird. Zu diesen Strukturen gehören u.a. privilegierte Finanzsysteme, ebenfalls (u.a. steuerlich) privilegierte Konzernoligopole sowie ein Informationssystem, das gleichfalls von einem Oligopol dominiert wird, nämlich dem der grossen Nachrichtenagenturen. <https://kontrast.at/noam-chomsky-medien-edward-s-herman/#:~:text=https://www.sociologygroup.com/mass-media-as-a-power-institution/>

Auch die Geheimdienste und das Militär stellen teilautonome, autokratische Machtzellen innerhalb der demokratischen Gesellschaften dar. In Grossbritannien und den USA ist die Entwicklung des Sicherheitsapparates zu einem Staat im Staate besonders weit vorangeschritten, mit eigener Militärgerichtsbarkeit und umfangreicher Rechenschaftsverweigerung.

3. Die «Früchte» der Geldherrschaft

Der unkontrollierte Wildwuchs all dieser Machtstrukturen erweist sich als zunehmend kontraproduktiv. Als übergreifende Erscheinung hat uns die von unkritischen Mainstream-Medien stets aus dem Fokus gehaltene faktische Geldherrschaft inzwischen ein gesellschaftliches Ambiente beschert, das die Propagandisten einer militaristischen und Konzerne begünstigenden Politik mit lukrativen Posten belohnt, konstruktive Kräfte wie kleine Unternehmer und Selbständige aber mit Steuerbürden und Vorschriften unterdrückt. Wer sich diesem Kurs anpasst, schwimmt im Strom des Opportunismus; wer Wahrheit und Fairness sucht, wird beiseitegedrängt.

Das dauerhafte Ignorieren der Mahnungen Jeffersons und anderer Gründerväter hat unsere Zivilisation in die aktuellen militärischen Konflikte geführt. <https://consortiumnews.com/2022/09/24/john-pilgers-2014-warning-about-ukraine/>

Zudem wird deren enormes Eskalationspotenzial von Medien und Politik unverantwortlich ignoriert oder heruntergespielt – ebenso wie schon seit Langem die Unzuverlässigkeit aller politischen und militärischen Kräfte, die diese Kriege hätten verhindern, längst friedlich abstellen oder – im Falle des Nahostkonflikts – siegreich beenden können.

Die Geldherrschaft hat bereits eine dermassen wirksame Debattenverengung geschaffen, dass für eine Infragestellung des objektiv klar erkennbaren Selbstmordkurses der Zivilisation kein Spielraum mehr bleibt. Wenn jenseits der bedingungslosen militärischen Unterstützung der Ukraine übergangslos russische Propaganda unterstellt wird, ist der Meinungspluralismus und damit ein Kernelement der vermeintlich verteidigten Demokratie dabei, über Bord zu gehen.

Die diese Einsichtsresistenz verursachenden psychologischen Beharrungs- und Selbstverstärkungsmechanismen des Systems machen eine absolut friedliche, faire und demokratische, aber umfassende Reform im gesamten Westen zum alternativlosen Ausweg.

4. Bestandsaufnahme

Dessen Ausgangspunkt bildet eine Bestandsaufnahme der massgeblichen historischen Fehler und Versäumnisse. Unter diesen stellte der Federal Reserve Act von 1913 einen absoluten Super-GAU dar, der das Macht-Gleichgewicht nachhaltig zu Lasten der demokratischen Nationen und zugunsten des privaten Finanzsystems verschob. Prinzipiell schöpfen Geschäftsbanken bereits seit Jahrhunderten durch Buchungssätze und Kreditvergabe Geld aus dem Nichts. Doch das Federal Reserve-Gesetz von 1913 brachte einen qualitativen Systemsprung, indem es eine gewaltige Rationalisierung dieser Vorgänge ermöglichte. Die Eta-

blierung einer Zentralbank als Rückhalt (Lender of Last Resort) erleichterte Geschäftsbanken die Schaffung neuen Geldes bei der Kreditvergabe und minimierte ihre Risiken. Die staatlich institutionalisierte Absicherung bildete damit ein Turbo-Privileg zur Geldschöpfung für private Banken. Seit nunmehr 113 Jahren wandert die reale Kaufkraft der westlichen Volkswirtschaften immer mehr zu einer Finanzelite und deren Heerscharen von Systemprofiteuren. Während Bill Clintons Präsidentschaft festigten zwei Gesetze die Position des Bankensektors als ausserstaatliches Machtzentrum, in welchem wenige grosser Player ein Oligopol halten. Die Finanzkrise von 2008 lässt sich direkt mit

Clintons verheerender Deregulation (u.a. des Derivatehandels) in Verbindung bringen.

<https://journals.law.harvard.edu/hblr/wp-content/uploads/sites/87/2014/09/Derivatives-and-Credit-Crisis.pdf>

Einen Gradmesser für die substanzzehrende Wirkung des entfesselten Finanzsystems stellt die Wohlfahrtsentwicklung der arbeitenden Bevölkerung dar. Seit etwa Mitte der 1990er Jahre hat kaum noch eine Zunahme der realen Kaufkraft stattgefunden – trotz bedeutender Zunahme der Arbeitsproduktivität. In derselben Zeit sind auch die Staaten verarmt – wachsende Schulden, Ausverkauf durch Privatisierung und eine sanierungsbedürftige Infrastruktur.

5. Gefährliches Tandem MIC und Finanzwirtschaft

Grund zum Jubeln haben jedoch die Rüstungskonzerne. Dafür sorgt die enge Kooperation zwischen dem transnationalen Finanzimperium und dem militärisch-industriellen Komplex (MIC). Bereits während des 1. Weltkrieges hatte namentlich die Grossbank J.P. Morgan die jahrhundertalte Praxis, Ländern Rüstungskäufe auf Kreditbasis zu ermöglichen, zu kriegsentscheidenden Dimensionen gesteigert. https://cdn.mises.org/The%20Merchants%20of%20Death_2.pdf

Die «Erfolge» des westlichen Militärs stehen allerdings spätestens seit dem Vietnamkrieg im umgekehrten Verhältnis zu den ins Absurde gesteigerten Rüstungsausgaben und zur surrealen Verschleppung der Militäreinsätze (Vietnam und Afghanistan je 20 Jahre mit desaströsem Abschluss). Rüstungsgeschäfte, Konfliktverwaltung und das Anbahnen neuer Interventionen wurden so zu profitablen Geschäftsmodellen, die ohne Rücksicht auf wahre Sicherheitsinteressen der Bürger im Automatikmodus weiterlaufen. <https://www.imi-online.de/2022/09/20/ruestungsindustrie-im-kapitalismus/>

<https://www.milwaukeeindependent.com/syndicated/prosperity-losing-wars-60-years-funding-military-industrial-complex-end-democracy/#:~:text=>

U.a. sogenannte Drehtüreffekte sorgen dafür, dass der interessengetriebene Automatismus alle Komponenten des Systems koordiniert einschliesst. So wechseln viele hohe Offiziere in die Rüstungsindustrie, deren Umsätze sie bei ihren Militäreinsätzen gepusht haben. Leute aus der Rüstungsindustrie werden dafür in politische Posten gehoben, wo sie ihren Ex-Arbeitgebern staatliche Aufträge verschaffen. Auch ohne zentrale Koordination arbeitet das System uhrwerkartig an der Verschleppung und Neuschaffung von Konflikten.

<https://www.govexec.com/management/2018/11/latest-count-revolving-door-defense-contractors-names-names/152836/>

6. Die verhängnisvolle Zangenprogrammierung der Gesellschaft

Es schützt sich dabei vor einer Ablehnung durch die Bürger, und zwar durch deren Polarisierung in zwei miteinander verfeindete Lager, Linke und Konservative. Das funktioniert ebenfalls im automatischen Routinemodus, indem Medien und NGOs zwei grosse, ganz verschiedene Narrativ-Sammlungen bedienen, welche jedes der politischen Lager auf seine Weise von rationalen Prinzipien und wahren gesellschaftlichen Gefahren entfremden und sie ihre Energie gegeneinander vergeuden lassen.

Das bürgerlich-konservative Lager wurde in einen reflexhaften, unkritischen Militarismus getrieben. Patriotismus, so die Botschaft, müsste sich vor allem in bedingungsloser Unterstützung jeder militärischen Intervention äussern. Während blinder Hau-drauf-Militarismus zur Handlungsmaxime aufstieg, wurden das Lernen aus historischen Fehlern, Prinzipientreue, psychologisches Feingefühl, und strategische Weitsicht achtlos abgedrängt. Indem das politische Bewusstsein der Bürger und Politiker auf unterentwickeltem Niveau gehalten wurde, konnte die überfällige Säuberung des Sicherheitsapparates und des MIC nie auf die politische Agenda gelangen. Selbst während so drastischer Skandale wie der Iran-Contra-Affäre hat konzentriertes Gegensteuern der Medien politische Konsequenzen verhindert.

<https://theintercept.com/2014/09/25/managing-nightmare-cia-media-destruction-gary-webb/>

Die politische Linke tendiert traditionell in die entgegengesetzte, pazifistische Richtung. Dieser Pazifismus mutiert jedoch seit dem Vietnamkrieg (1955-1975) zunehmend zu einem Appeasement, mitunter gesteigert bis zur Identifikation dem militärischen Gegner. Damit konterkariert man die Chancen auf Frieden, denn dieser gedeiht im Ambiente gegenseitigen Respekts. Einseitiges Nachgeben ohne Gegenleistungen zieht dagegen Respektlosigkeit und eine Kaskade weiterer Forderungen nach sich. Die linke Kritik am westlichen Militarismus ist vollkommen berechtigt, ignoriert aber dessen selbstbeschädigende Seite: Indem Zivilisten im Einsatzland mehr als unvermeidbar leiden, wird die Reputation der USA und des Westens untergraben, während Islamisten und andere Freiheitsfeinde über die Medienberichterstattung «moralische» Rückendeckung erhalten.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Konservative und Linke auf zwei ganz verschiedene, aber gleichermassen die eigenen demokratischen Nationen beschädigende Wege geleitet werden. Diese doppelte aussenpolitische Fehlorientierung wird durch eine innenpolitische ergänzt. Als Ergebnis polarisierender Medieneinflüsse nehmen sich Linke und Konservative als erbitterte Gegner oder gar Feinde wahr, während es quer über alle Parteigrenzen hinweg narzisstische und verantwortungsferne Fassadendemokraten sind, die einer Zukunft in Frieden, Freiheit und authentischer Rechtsstaatlichkeit im Wege stehen.

7. Das israelische Dilemma: Von der militärischen Stärke in die Dahiya-Falle

Die geopolitischen Konsequenzen der Fehlentwicklung zeigen sich im Nahen Osten besonders drastisch. Nach historischen Siegen 1948, 1956, 1967 und 1973 ist Israel unter Mitwirkung von Systemprofiteuren in den eigenen Reihen in die strategische Falle seiner Gegner gelaufen. Mit der sogenannten Dahiya-Doktrin seit 2008 lässt sich der jüdische Staat zu einem plumpen Militarismus verleiten, der das abschreckende Beispiel kontraproduktiver amerikanischer Militäreinsätze wie im Irak in nochmals gesteigerter Form kopiert.

Diese Antistrategie setzt auf die flächendeckende Zerstörung ziviler Bausubstanz und Infrastruktur zur vermeintlichen Abschreckung. Doch verwüstete Wohngebiete brechen weder den Willen von Terrorstrukturen wie Hamas, noch schwächen sie deren Rückhalt in der Bevölkerung. Ganz im Gegenteil kommt es zum Rally-around-the-flag-Effekt, der verarmte und verzweifelte Zivilisten direkt in die Arme ihrer extremistischen Führer treibt. Gleichzeitig liefert die Dahiya-Strategie der weltweiten Medienmaschinerie das perfekte Bildmaterial, um Israel als Aggressor zu brandmarken und das Judentum weltweit in eine gefährliche Isolierung zu drängen.

8. Die systemische Selbsttäuschung und das Erwachen

Das gesamte System wird von Millionen dezentraler Akteure am Laufen gehalten. Zu ihnen gehören ausser Lobbyisten vor allem Karrieremacher aller Bereiche, u.a. in NGOs und in den Führungsetagen der Grosskonzerne. Letztere stehen zunehmend unter dem Druck, riesige Spenden an NGOs (mit dem «richtigen» politischen Profil) zu leisten. Weitere lukrative Karrieremöglichkeiten bietet das System u.a. im Mediensektor, im Militär, in der Politik, in Verbänden und im Bildungswesen. In dem insgesamt gesellschaftsschädlichen Spiel agieren alle Beteiligten ohne übergeordneten Masterplan, allein ihren Karriereinteressen folgend. Die politische Arena steht ihnen so lange offen, wie sie die Diskursverengung durch die «Political Correctness» beachten. Das objektiv sozial ungerechte, Verantwortung zerstörende und gefährlich polarisierende System wird im Ambiente einer über die wenigen grossen Nachrichtenagenturen oligopolistisch aufgestellten Medienlandschaft schon viel zu lange künstlich vor Reformbestrebungen «geschützt», indem jede fundamentale Kritik reflexartig abgebugelt und stigmatisiert wird.

Trump im Weissen Haus zu haben, ist dasselbe, als hätte man Netanjahu im Weissen Haus

Paul Craig Roberts

Das zionistische Trump-Regime bereitet sich darauf vor, Israel 40'000 Tonnen Bomben zu überlassen – die grösste Lieferung dieser Art in der Geschichte. Zudem erhält Netanjahus Regierung diese Bomben auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler, und zwar im Rahmen des US-Programms zur militärischen Auslandshilfe (Foreign Military Financing Program), durch das Washington Israel die Gelder für den «Kauf» der Bomben bereitstellt. Mit anderen Worten: Bei diesem «Kauf» werden Steuergelder oder aufgenommene Kredite an US-Rüstungskonzerne transferiert, um den Israelis eine beispiellose Menge an Bomben kostenlos zu liefern.

Um die Menge von 40'000 Tonnen ins rechte Licht zu rücken: Laut «AI Overview» gilt die «Operation Meetinghouse» – Washingtons Brandbombenangriff auf Tokio am 9. und 10. März 1945 – als der tödlichste und verheerendste Luftangriff der Geschichte. US-Bomber vom Typ B-29 warfen 1665 Tonnen Bomben auf Tokio ab; dabei kamen 100'000 Zivilisten ums Leben, eine Million Menschen wurden obdachlos, und ein Gebiet von 16 Quadratmeilen im Zentrum Tokios wurde völlig zerstört. Der Brandbombenangriff auf Tokio forderte mehr unmittelbare Todesopfer als die Atombomben, die Washington auf Hiroshima oder Nagasaki abwarf. 1665 entsprechen 0,04 Prozent von 40'000.

Was hat Israel mit 40'000 Tonnen Bomben vor? Die Antwort liegt nahe: Den Völkermord im Gazastreifen vollenden und einen neuen Völkermord im Libanon beginnen. Es ist das «Gross-Israel» auf dem Vormarsch – finanziert von uns, den amerikanischen Steuerzahlern. Wir beginnen, die Folgen der militärischen Integration der USA und Israels zu erkennen und zu spüren. Ich frage mich, ob diese Integration nicht einen Akt des Hochverrats durch das zionistische Trump-Regime darstellt.

Eine Stimme für einen Republikaner ist eine Stimme für Israels Eroberungskriege. Es ist eine Stimme für die Vernichtung weiterer Palästinenser und Libanesen – und, sollte Israel es wagen, auch Iraner. Denken Sie daran, wenn Sie diesen Herbst wählen gehen.

Das wahre Gesicht Trumps tritt zutage: Der «Mann des Friedens» ist ein Mann des Krieges.

Die Republikaner gelten als bereit, das Leben anderer Völker für die Profite des militärisch-industriellen Sicherheitskomplexes zu opfern. Die USA und Europa sollten sich auf einen weiteren Zustrom von Flüchtlingen einstellen.

erschienen am 16. September 2026 auf > Paul Craig Roberts' Website

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_09_16_trumpim.htm



Die Ukraine ist ein militärischer Polizeistaat

Deanderekrant, September 16, 2026 /ä Ab Gietelink

Selenskyj zieht sein Volk und Europa mit in den Abgrund

Millionen ukrainische Männer im wehrpflichtigen Alter zwischen 25 und 60 Jahren sind desertiert, untergetaucht oder geflohen. Sie haben kein Interesse an einer Fortsetzung des Krieges mit Russland. Gleichzeitig müssen sie täglich Razzien von Rekrutierungsteams fürchten. Im Internet finden sich zahllose Videos von Männern, die in Kleinbussen an die Front abtransportiert werden. Die Ukraine ist – mit Unterstützung der Niederlande – zu einem militärischen Polizeistaat geworden.

In den grossen ukrainischen Städten finden täglich Razzien statt. Die militärischen Rekrutierungsteams (Territorial Center for Recruitment and Social Support, TCC – Red.) führen an bekannten Ausgehorten und in Einkaufszentren Kontrollen und Festnahmen durch, die regelmässig gewaltsam verlaufen. Öffentliche Verkehrsmittel sind für ukrainische Männer ein Ort, an dem sie aufgegriffen werden können, und daher eine No-go-Zone. Im Internet finden sich zahllose Videos von Konfrontationen zwischen Rekrutierungsteams und wehrpflichtigen Männern, die in Kleinbussen abtransportiert werden. Im Volksmund wird dies bereits «Bussifizierung» genannt.

Die Zahlen, die von der ukrainischen Regierung selbst zur Verfügung gestellt werden, sind dramatisch. «The Kyiv Independent» berichtet, dass 6,3 Millionen ukrainische Männer nicht erfasst werden, weil sie bei der vorgeschriebenen Aktualisierung ihrer zivilen Registrierungsdaten in der Reserve+-App nicht mitwirken.

Die Ukraine hat offiziell etwa 42,5 Millionen Einwohner. Darin ist die Krim enthalten, die sich seit 2014 in russischer Hand befindet. Auch Bürger, die in den vier annektierten russisch-ukrainischen Oblasten registriert sind – seit dem 1. Oktober 2022 –, sind faktisch bereits russisch, stehen formell jedoch weiterhin im ukrainischen Melderegister. Von den mehr als vierzig Millionen registrierten Ukrainern ist die Hälfte weiblich. Ein Viertel der Männer ist älter als 60 oder jünger als 25 und somit nicht wehrpflichtig. Eine einfache Rechnung zeigt also, dass etwa ein Viertel der Bevölkerung, also 10 von 40 Millionen Menschen, in der Armee dienen muss. Nach Angaben der ukrainischen Regierung versuchen mindestens sechs Millionen von ihnen, sich dem Fronteinsatz zu entziehen. Mit anderen Worten: 60 Prozent der wehrpflichtigen Männer sind gegen eine Fortsetzung des Krieges – und wahrscheinlich liegt dieser Prozentsatz noch höher, weil die Daten nicht aktuell sind: Viele Männer weigern sich, die Registrierungs-App zu aktualisieren. Es ist realistisch anzunehmen, dass diese administrativ «unsichtbaren» – sprich untergetauchten – Männer von ihren Frauen, Eltern und Kindern unterstützt werden. Daraus kann geschlossen werden, dass der Krieg in der Bevölkerung nur sehr begrenzte Unterstützung genießt.

Die Ukraine ist wirtschaftlich gesehen faktisch bereits bankrott. Waffen und Gehälter von Soldaten und Beamten werden von den europäischen Ländern bezahlt. Selensky kann selbst nach Angaben des staatsnahen Kyiv International Institute of Sociology (KIIS) Neuwahlen nur gewinnen, wenn es zu einem Friedensabkommen kommt.

Nach Angaben des ehemaligen ukrainischen Verteidigungsministers Fedorov, der kürzlich entlassen wurde, haben sich bereits zwei der sechs Millionen »unsichtbaren« Männer nach einer Einberufung aktiv geweigert, sich zu melden. Von ihnen sind laut Angaben der »Financial Times« 800'000 aktiv untergetaucht. Nach Angaben der Behörden sind darüber hinaus 200'000 ukrainische Männer von der Front desertiert. Ein Teil dieser Deserteure und Verweigerer ist zu Hause untergetaucht, während die Frauen der Familie in der Öffentlichkeit die Lebensmittel für den Haushalt besorgen.

Viele Hunderttausende »widerwillige« Arbeitnehmer lassen sich für ihre Arbeit schwarz und in bar bezahlen, um Lohnpfändungen und Kontosperrungen durch die Regierung zu vermeiden. Eurostat berichtet, dass sich mehr als 6 Millionen Flüchtlinge in Europa aufhalten, von denen ein Viertel, also 1,5 Millionen, Männer im wehrpflichtigen Alter sind. Offiziell befinden sich 1,2 Millionen ukrainische Flüchtlinge in der Russischen Föderation, doch etwa 5 Millionen Menschen mit einem ukrainischen Pass leben in Russland, darunter zu einem Viertel Männer im wehrpflichtigen Alter.

Viele ukrainische Männer versuchen, oftmals mit Hilfe ihrer Familien, Tod und Verderben zu entkommen, indem sie einen Rekrutierungsbeamten bestechen, um eine Befreiung zu erhalten. Die Kosten für ein gefälschtes Dokument sollen umgerechnet etwa 15'000 Dollar betragen, was im Durchschnitt zwei Jahreseinkommen eines Ukrainers entspricht. Seit der allgemeinen Mobilmachung, die Ende Februar 2022 in Kraft trat, sind nach Angaben der Behörden etwa 50'000 ukrainische Männer an den Grenzen festgenommen worden. Ein Drittel davon machte sich des Dokumentenbetrugs und/oder der Bestechung schuldig. Darauf steht in der Ukraine eine Gefängnisstrafe. Ein Teil dieser festgenommenen Männer wurde an die Front deportiert.

Diese Themen und Zahlen werden in den westlichen Mainstreammedien kaum behandelt, sind jedoch nicht völlig tabu. Verschiedene Medien, darunter die BBC und Al Jazeera, haben darüber Reportagen und Sendungen produziert und dabei auch diese Zahlen genannt. Die Schlussfolgerung ist allerdings häufig bemerkenswert: Die Ukraine habe ein »Personalproblem« an der Front. Diese Zusammenfassung verkennt das eigentliche Problem: Die Ukraine ist zu einem militärischen Polizeistaat geworden.

Dieser Staat steht – mit Europäischer Unterstützung – noch immer unter der Führung von Präsident Selensky, der 2019 gewählt wurde. Sein Mandat lief im Frühjahr 2024 aus. Er weiss, dass er für den Krieg längst nicht mehr die Unterstützung der grossen Mehrheit der Bevölkerung hat. Unter Berufung auf den »Ausnahmestand« auf unbestimmte Zeit, inzwischen seit mehr als zwei Jahren, wurden Neuwahlen jedoch auf Eis gelegt. Ein Ausnahmestand ist, wie inzwischen jeder weiss, die Methode eines jeden Diktators, sein Regime staatsrechtlich zu legitimieren. Bei Selenskys bekanntem Besuch im Frühjahr 2025 im Oval Office in Washington versuchten Präsident Trump und Vizepräsident Vance, ihn – bislang vergeblich – dazu zu bewegen, ein Abkommen mit den Russen zu schliessen. Dabei wurde schmerzlich deutlich, dass das ukrainische und europäische Kriegslager seinen wichtigsten Verbündeten, die USA, verloren hat. »Du bist ein Diktator ohne Unterstützung«, sagte Trump sogar. Eine Aussage, die nicht aus dem Nichts kommt. Seit dem Maidan-Putsch von 2014 ist die CIA Teil der Machtstrukturen in der Ukraine. Die amerikanischen Behörden wissen sehr genau, dass Selensky beim ukrainischen Volk keine Unterstützung mehr genießt. Vermutlich wissen dies auch viele politische Führer und ihre Medien in europäischen Ländern, schweigen jedoch darüber.

Unterdessen wird Selensky von europäischen Staats- und Regierungschefs noch immer buchstäblich und im übertragenen Sinn umarmt. Es sind schmerzlich mafiöse Bilder: Die europäischen Paten, die ihm zuflüstern, seinen Krieg fortzusetzen, finanziert mit Dutzenden Milliarden Euro an Steuergeldern und mit hochentwickelten Waffen, die von der EU ermöglicht werden. Die Fortsetzung dieses Krieges liegt ausschliesslich im Interesse des Selensky-Regimes, des Militär- und Beamtenapparats, ihrer europäischen Partner und Finanziere sowie des westlichen militärisch-industriellen Komplexes. Während diese EU-Führer den ukrainischen Präsidenten zum Kriegshelden gemacht haben, hat er die Ukraine zu einem militärischen Polizeistaat gemacht. Diktator Selensky zieht unterdessen sein Volk und in dessen Sog ganz Europa mit sich in den Abgrund.

Quelle: Dictator Zelensky trekt zijn volk en Europa mee de afgrond in

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-ukraine-ist-ein-militaerischer-polizeistaat/>

Zeiten-Wende – Zeiten-Ende?

Rüstung, Rüstung über alles – über alles in der Welt

Autor: Uli Gellermann / Datum: 15.09.2026

Adolf Hitler hatte zwar keinen Führerschein, aber er war ein heftiger Propagandist des «Kraft durch Freude-Wagen», der später zum Volkswagen umfirmierte. Eigentlich für die private Massenmotorisierung gedacht, wurde das VW-Werk im Frühjahr 1940 auf Rüstungsproduktion umgestellt: Hitler wollte die Deutschen in den Krieg führen.

VW-Rüstung

Volkswagen kehrt zu seinen militärischen Wurzeln zurück: Der VW-Standort Osnabrück soll «zu einem Kompetenzzentrum für Sicherheits- und Verteidigungslösungen weiterentwickelt» werden. Das ist ein neuer Höhepunkt der «Zeitenwende». Es war im Februar 2022, als Bundeskanzler Scholz in seiner Regierungserklärung den Begriff «Zeitenwende» verwandte und ein «Sondervermögen» zur Erhöhung des Rüstungsetats verkündete. Der damalige Oppositionsführer Friedrich Merz stimmte dem Kanzler zu. Seit dieser Zeit steigt der Rüstungsetat ständig.

NATO-Beschluss

Veranlasst wurde und wird die wachsende Militarisierung von Staat und Gesellschaft durch einen NATO-Beschluss vom September 2014, der ihren Mitgliedsstaaten eine Erhöhung der Rüstungsetats um zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts jährlich befahl. Dieser Beschluss wurde als Reaktion auf die «Annexion» der Krim durch Russland verkauft und verschärfte das Wettrüsten.

«Annexion» ist die pure Propaganda

Der Begriff «Annexion» ist die pure Propaganda, denn die Krim, die seit dem Mittelalter unterschiedliche Herrschaften erlebte – Venedig, Genua, Türkei – wurde am Ende des 18. Jahrhunderts Teil des russischen Kaiserreichs und gehörte nach der Revolution folgerichtig zur Sowjetunion. Es war der Regierungschef Nikita Chruschtschow, der die Krim in einer Wodkalaune in die Ukrainische Sowjetrepublik verschob. Seit der Zarenzeit gab es auf der Krim den strategisch bedeutenden russischen Flottenstützpunkt Sewastopol. Es war für die Russen eine militärische Überlebensfrage, dass Sewastopol nicht in die Hände der NATO fallen durfte.

Rekord-Rüstungshaushalt von 109,7 Milliarden

Vor der Zeitenwende lag der reguläre Wehretat bei rund 47 bis 50 Milliarden Euro. Seit dem Jahr 2024 wuchs der reguläre Haushalt auf rund 52 Milliarden Euro an. Für 2026 ist im regulären Wehretat eine Summe von rund 82,7 Milliarden Euro eingeplant. Der Kabinettsentwurf für den Bundeshaushalt 2027 sieht einen Rekord-Kernhaushalt von 109,7 Milliarden vor. Da jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann, geht die brutale Entwicklung der Rüstungsausgaben zu Lasten sozialer Projekte.

Waffen im Krieg verschleissen

Rüstung trägt den Krieg in sich: Die vielen Waffen, von denen die Herrschenden behaupten, sie würden der Verteidigung dienen, dienen wesentlich dem Profit der Rüstungsindustrie. Dieser Profit wächst am schnellsten, wenn diese Mordwerkzeuge schnell erneuert werden. Und am schnellsten werden sie erneuert, wenn sie – im Krieg eingesetzt – verschlissen werden.

Anonyme Propaganda-Drohne

Wer, wie die interessierten Kreise in der Bundesrepublik, für die anonyme Propaganda-Drohne vom Leipziger Flugplatz die Russen verantwortlich macht, der will den Waffen-Verschleiss möglichst umgehend herbeiführen. Der will zurück zu Hitlers «Kraft-durch-Freude-Wagen», der als Wehrmacht-Kübelwagen in den Weiten Russlands den Tod bringen sollte und vom totalen Krieg in die totale Niederlage fuhr.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/zeiten-wende-zeiten-ende>



Und nun ein Wort von unserem Monster – von Mr. Fish

Osama Bin Trump

Chris Hedger via Substack, September 15, 2026

Unsere imperiale Überdehnung begann vor 25 Jahren mit dem Krieg gegen den Terror. Sie findet nun durch Donald Trumps Krieg gegen den Iran ein düsteres Ende.

Donald Trump, dessen Krieg gegen den Iran der grösste strategische Fehler in der Geschichte der Vereinigten Staaten ist, ist zwar nicht für den Beginn des Niedergangs des amerikanischen Imperiums verantwortlich, wohl aber für dessen verhängnisvolles Ende.

Das ist das Ende.

Die US-Stützpunkte im ölreichen Persischen Golf wurden beschädigt oder zerstört, und ich gehe davon aus, dass sie nicht wieder aufgebaut werden. Unsere Verbündeten, selbst jene in Europa, wenden sich von uns ab. Die Dekadenz und Unmoral der amerikanischen Gesellschaft, verkörpert durch die Vulgarität, die betäubende Ignoranz und die Grausamkeit Trumps, sind die bestimmenden Merkmale des Imperiums. Der Globale Süden, entsetzt über die eklatante Missachtung des humanitären Völkerrechts durch das Imperium – einschliesslich der Duldung des Völkermords im Gazastreifen –, betrachtet uns als Feind. Das Gefängnis von Abu Ghraib mag aus unserem Bewusstsein verschwunden sein, doch für den Rest der Welt haben die Bilder von US-Soldaten und Auftragnehmern, die inhaftierte Iraker sadistisch demütigen und foltern, die «disneyfizierte» Version von Amerika ersetzt, die wir einst in die Welt hinausgetragen haben. Der Krieg gegen den Iran, der die weltweite Ölversorgung gestört hat, treibt die Weltwirtschaft rasch über die Klippe.

Wir gehen unter. Und wir werden viele mit uns reissen.

Osama Bin Laden mag in einem nassen Grab im Nordarabischen Meer liegen. Al-Qaida mag nur noch ein Schatten ihrer selbst sein. Doch Bin Ladens sehnlichste Träume haben sich in den letzten fünfundzwanzig Jahren durch die groben Fehleinschätzungen des Imperiums verwirklicht – durch dessen Verschwendung von Billionen Dollar für militärische Debakel und den Aufstieg unserer Version von «Ubu Roi», Donald J. Trump.

Anstatt vermeintliche Feinde zu besiegen, haben die USA deren Reihen anwachsen lassen. Sie und ihre Kolonie, Israel, sind die am meisten verachteten Nationen auf dem Planeten. Jeder Vorstoss des Iran in seinem asymmetrischen Krieg gegen das Imperium wird weltweit bejubelt.

Die demütigenden Niederlagen, die Umleitung von Ressourcen und mindestens 8 Billionen Dollar für einen Krieg nach dem anderen, der schätzungsweise 4,5 bis 4,8 Millionen Menschen das Leben gekostet hat, haben das Imperium ausgehöhlt. Seine Infrastruktur bröckelt. Seine demokratischen Institutionen sind machtlos. Es überlebt dank einer untragbaren Verschuldung von 40 Billionen Dollar. Die Juwelen seiner Demokratie, darunter sein Bildungssystem, faire Wahlen und eine freie Presse, sind diskreditiert und herabgewürdigt.

Eine im Stich gelassene Arbeiterklasse, gelähmt durch wirtschaftliche Unsicherheit und eine Regierung, die nach und nach Sozialprogramme abbaut, die Menschen in Not über Wasser halten, wird durch Propaganda dazu gebracht zu glauben, der spürbare Niedergang sei das Werk von Verrätern und inneren Feinden. Dies hat dazu geführt, dass sich Trump-Anhänger gegen genau jene Institutionen und Ideale wenden, die eigentlich dazu gedacht sind, die Demokratie aufrechtzuerhalten. Die üblichen Ziele des Faschismus – die «radikale Linke», Muslime, Migrant*innen, Intellektuelle, Künstler, Menschen mit anderer Hautfarbe und Journalisten – werden unter Gesetzen wie dem «Espionage Act» verfolgt. Lügen durchdringen die Medien und stützen die Selbsttäuschung, dass, sobald die inneren Feinde zum Schweigen gebracht oder ausgerottet sind, die glorreichen Tage des Imperiums zurückkehren werden – geprägt von Hypernationalismus, Patriarchat, sicheren Arbeitsplätzen und weisser Vorherrschaft.

Gewalt gegen innere Feinde sowie Wahlbetrug werden von Trump und seinem Gefolge aus Speichelleckern, Clowns, Betrügern und christlichen Faschisten offen befürwortet. Der Versuch, Wähler zu bestechen, indem man ihnen 5000 Dollar verspricht, falls die Republikaner die Zwischenwahlen gewinnen – zusammen mit Trumps Verachtung für die verfassungsmässige Ordnung –, ist das unverhüllte Eingeständnis, dass die US-Demokratie eine Farce ist.

George W. Bush, der durch einen richterlichen Erlass ins Präsidentenamt berufen wurde, hat diese Samen der Gesetzlosigkeit und Straflosigkeit gesät. Trump hat sie zum Blühen gebracht.

Schläger der Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE), maskiert und mit jener Straffreiheit ausgestattet, die die Folter und Tötung Unschuldiger im Irak und in Afghanistan ermöglichte, terrorisieren US-Städte. Sie führen Razzien im militärischen Stil gegen unbewaffnete Zivilisten durch, die sich nicht von denen unterscheiden, die das Imperium in Falludscha oder in der Provinz Helmand in Afghanistan durchgeführt hat. Sie errichten ein Netzwerk elender interner Konzentrationslager.

Die Instrumente der Unterwerfung, die das Imperium im Ausland einsetzte – darunter die Aushöhlung bürgerlicher Freiheiten und die Einführung von Massenüberwachung –, wurden im Inland mit der Verabschiedung des Patriot Act legalisiert, mit seinen Beobachtungslisten, Informanten sowie rassistischem und religiösem Profiling.

Imperien im Verfall zwingen ihren eigenen Bürgern die Tyrannei auf, die den im Ausland Unterworfenen nur allzu vertraut ist.

Ich war im Nahen Osten, als alles schiefging. Fast die gesamte muslimische Welt war entsetzt über die Anschläge vom 11. September. Es gab massive öffentliche Solidaritätsbekundungen, darunter Kerzenlichtmahnwachen im Iran. Hätten wir auf diesem Mitgefühl aufgebaut, anstatt Muslime zu dämonisieren und Millionen Menschen im Nahen Osten Leid und Tod zuzufügen, wären wir heute weitaus sicherer.

Stattdessen tranken wir in vollen Zügen aus dem giftigen Elixier des Nationalismus. Wir glaubten törichterweise, wir seien angegriffen worden – wie Bush sagte –, weil «sie unsere Freiheiten hassen», und nicht wegen unserer Unterstützung für den Apartheid- und Völkermordstaat Israel, unserer kaltherzigen Gleichgültigkeit gegenüber menschlichem Leben jenseits unserer Grenzen – einschliesslich der Tötung von über einer Million Menschen im Irak durch US-Sanktionen – und unserer Stützung brutaler arabischer Diktaturen.

Zu den Trümmern, die wir nach unseren endlosen Kriegen hinterlassen haben, gehören die Auslöschung ganzer Städte sowie 940'000 direkte Todesopfer in den Kriegsgebieten nach dem 11. September, 3,6 bis 3,8 Millionen indirekte Todesopfer und 38 Millionen Vertriebene.

Die Entführer entschieden sich für massiven Tod und Zerstörung in der Skyline einer Stadt, um eine Botschaft zu senden. Sie sprachen die Sprache, die wir ihnen beigebracht hatten. Es ist die Botschaft, die unsere Kampfflugzeuge, Raketen und Drohnen von Vietnam bis zum Irak überbracht haben. Wir haben nicht zugehört. Wir glaubten naiv, wir könnten mit unserem Militär den Nahen Osten nach unserem eigenen Bild umgestalten.

Das Scheitern des Krieges gegen den Terror ist nicht nur ein moralisches Versagen. Es ist ein strategisches Versagen. Wir weigerten uns, die naheliegende Frage zu stellen: Warum empfanden viele Menschen ausserhalb unserer Grenzen so grosse Feindseligkeit uns gegenüber, dass sie bereit waren, sich selbst und Tausende unserer Mitbürger zu töten?

Diejenigen unter uns, die es vor fünfundzwanzig Jahren wagten, diese Fragen zu stellen, wurden als Unterstützer des Terrorismus diffamiert und zum Schweigen gebracht.

Der einzige Weg, den Terrorismus zu besiegen, besteht darin, diejenigen, die Terrorakte verüben, innerhalb ihrer eigenen Gesellschaften zu isolieren. Es geht darum, Netzwerke des Verständnisses und der Solidarität aufzubauen. Wir haben das Gegenteil getan. Wir sind zu den Terroristen geworden, die wir angeblich besiegen wollten. Wir haben genau das getan, was Bin Laden von uns erwartet hat. Wir haben uns selbst besiegt.

Quelle: Osama Bin Trump [https://chrishedges.substack.com/p/osama-bin-trump?utm_source=post-email-Trump leitet den letzten Akt&publication_id=778851&post_id=215418509&utm_campaign=email-post-title&isFreemail=true&r=3uby4s&triedRedirect=true&utm_medium=email](https://chrishedges.substack.com/p/osama-bin-trump?utm_source=post-email-Trump%20leitet%20den%20letzten%20Akt&publication_id=778851&post_id=215418509&utm_campaign=email-post-title&isFreemail=true&r=3uby4s&triedRedirect=true&utm_medium=email)

Quelle: <https://uncutnews.ch/osama-bin-trump/>

Anti-Tagi: Verteidigungsminister zittert vor Moskau, SRF dreht durch, Netz lacht über Merz

12 Sep. 2026 17:40 Uhr, Quelle: RT

Anti-Tagi startet ins Wochenende: mit dem täglichen Russland-Überblick aus Medien und Social Media. Die neue RT-DE-Watchdog-Kolumne vergleicht, prüft nach und widerspricht dort, wo es angebracht ist. Denn manchmal lohnt sich ein zweiter Blick. Anti-Tagi: Verteidigungsminister zittert vor Moskau, SRF dreht durch, Netz lacht über Merz.

«Die Schweiz ist ein Ziel für Moskau»

Der Chef der Schweizer Armee, Korpskommandant Benedikt Roos, warnt vor einer wachsenden Bedrohung. Die Schweiz sei heute «mehr denn je Teil der westlichen Welt» und könne deshalb zum Ziel Moskaus werden.

Barbouille 🧐🗨️ @barbouillech · Folgen

"Die Schweiz ist ein Ziel für Moskau."

Die Schweizer Bevölkerung wird täglich von Bundesbern verraten und verarscht. Hier ist die Gefahr, Hr CdA Roos.

SRF Play SRF Auf X ansehen



Benedikt Roos: «Die Schweiz ist ein strategisches Ziel»
26:27 min, aus Tagesgespräch vom 07.09.2026
BILD: SRF / DAVID KARASEK

Barbouille 🧐🗨️ @barbouillech

Für 2029 erwarten die "Analysten" einen Angriff von Russland auf Europa.

Der CdA: "Die Russen bauen Stützpunkte entlang der finnischen Grenze."
🔥

Weiss der CdA, dass Finnland seit 2023 zur NATO gehört, sowie Schweden seit 2024? Und dass die USA seit 2025 Zugang zu 15

SRF Play SRF Audio



Benedikt Roos: «Die Schweiz ist ein strategisches Ziel»
26:27 min, aus Tagesgespräch vom 07.09.2026
BILD: SRF / DAVID KARASEK

10:33 nachm. · 8. Sep. 2026

Roos spricht von einem «Kampf der Systeme»: hier die «freie demokratische Welt», dort «autoritäre» Staaten. Besonders aufmerksam verfolgt die Armee unbekannte Drohnen über kritischer Infrastruktur. Noch seien diese nicht mit Sprengstoff bestückt. «Aber das könnte auch bei uns passieren», sagt Roos. Auch bei der Abwehr von Marschflugkörpern und ballistischen Raketen sieht der Armeechef grosse Lücken. Seine frühere Einschätzung «Wir haben nichts. Null» gilt im Wesentlichen weiterhin. Doch Roos sieht die Bedrohung längst nicht mehr nur bei Raketen. «Wir sind keine stille Oase mehr», sagt der Armeechef. Für die Schweizer Bevölkerung klingt das weniger nach neuer Erkenntnis als nach einer ziemlich späten Entdeckung.

Was Roos natürlich nicht erwähnt: In seiner «freien demokratischen Welt» werden Verträge unterschrieben, ohne sie richtig zu lesen. Bei der UBS-Lobby wird politisch schon mal kräftig mitgeredet. Und über die Vorwürfe rund um die Walliser Staatsanwaltschaft oder die Polizeiaffäre in Uster spricht man besser gar nicht erst. Solche korrupten Dinge passieren schliesslich nur im «bösen» Russland.



Und dann wäre da noch die Milliarden-Affäre rund um Viola Amherd. Mehrere Milliarden an Korrekturen bei den Verteidigungsfinanzen, und trotzdem stellt sich die Frage: Warum darf die ehemalige Bundesrätin noch immer den Bundesratsjet benutzen?

Die Bundeskanzlei sagt: Alles gut. Alt-Bundesrätin Amherd gehört schliesslich noch zur Familie. Aber Hauptsache, der Armeechef erklärt uns, wo die «freie demokratische Welt» endet und Moskau beginnt.

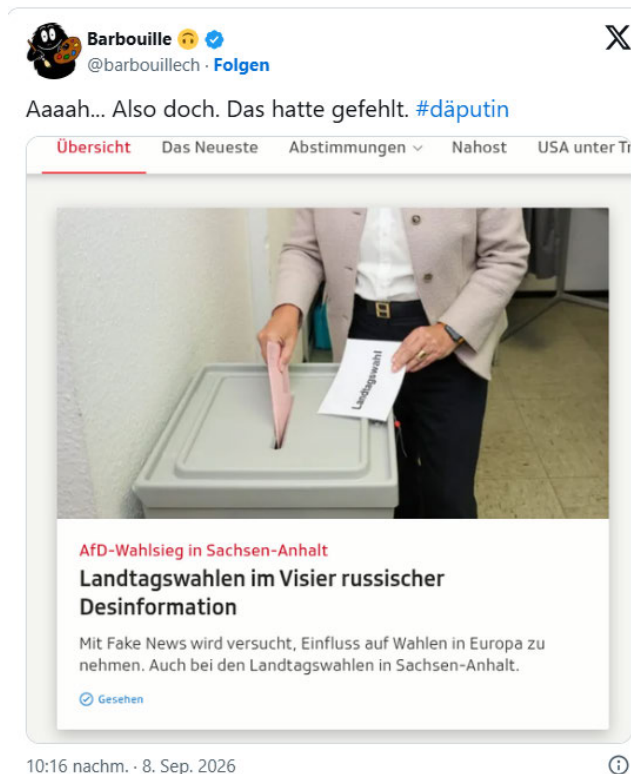
Wie @ignaziocassis ! Beim unterwerfenden Rahmenvertrag 🤔 ! pic.twitter.com/MF1dcSdXfZ

— Stefan Schätti (@stefanschaetti) September 10, 2026

Beim Schweizer Fernsehen ist der Russophobie-Modus wieder auf Sendung.



Kaum eine Wahl in Europa, bei der russische Desinformationskampagnen fehlen dürfen. «Matroschka», «Operation Overload», «Sturm-1516» und der angebliche Einfluss auf die Landtagswahlen in Deutschland werden ausführlich aufgezählt.



Und wie es sich für das bewährte Rezept gehört, darf neben der AfD natürlich auch das Etikett «rechts-extrem» nicht fehlen.



Friedrich Merz steckt tief im Umfragetief. Nur 15 Prozent der Deutschen sind mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden, 84 Prozent dagegen unzufrieden.

Merz pöbelt im Bundestag.

Merz:

«Wir arbeiten ... an einer Strategie über die Nutzung der künstlichen Intelligenz ...»

Zwischenruf:

«Wie soll das gehen ohne Energie?»

Merz:

«Ja, vor allen Dingen wie soll das gehen ohne jede natürliche Intelligenz?»

Beleidigende Arroganz pur: pic.twitter.com/zrr3JS1jGK

— Dr. David Lütke (@DrLuetke) September 9, 2026

Beim Kanzler selbst sieht es noch schlimmer aus: Gerade einmal 13 Prozent sind mit seiner Arbeit zufrieden. Deutsche Medien sprechen bereits von einer schweren Vertrauenskrise der schwarz-roten Regierung.



Auf X wird Merz derweil kräftig verspottet. Memes, Karikaturen und spöttische Kommentare über den CDU-Chef verbreiten sich zuhauf. Bei seinen miserablen Beliebtheitswerten bleibt ihm immerhin ein Trost: Als Kanzler kommt er schlecht an, als Meme läuft er hervorragend.



Quelle: <https://de-rtnews.com/schweiz/291451-anti-tagi-verteidigungsminister-zittert-vor-moskau-srf-dreht-durch-netz-lacht-ueber-merz/>

«NAZA»: Israels Tötungsmaschine im Gazastreifen entlarvt

Unser neuer Film zeigt anhand der Aussagen der Verantwortlichen,
dass das Massaker Israels an palästinensischen Zivilisten ein kalkulierter und vorsätzlicher Akt war.

Yuval Abraham und Rachel Szor

In den vergangenen drei Jahren führten wir auf den Dächern von Tel Aviv nächtliche Interviews mit 24 israelischen Soldaten, die eine aktive Rolle bei Israels Angriff auf den Gazastreifen gespielt hatten. Die meisten von ihnen waren Geheimdienstoffiziere; sie arbeiteten vor Bildschirmen und waren aus der Ferne an der massenhaften Tötung von Palästinensern beteiligt.

Ihre Aussagen bilden die Grundlage für «NAZA», einen neuen Dokumentarfilm unter unserer Regie – produziert von «The Guardian» und James Wilson, mit Jonathan Glazer als ausführendem Produzenten –, der heute Abend bei den 83. Internationalen Filmfestspielen von Venedig Premiere feiert.

Wir haben diese Soldaten nicht deshalb interviewt, weil dies der einzige Weg gewesen wäre, um zu erfahren, was Israel im Gazastreifen getan hat. Wer auch immer die Verwüstung im Gazastreifen gesehen, den Bewohnern zugehört oder die israelische Führung schlicht beim Wort genommen hat, hätte diese Wahrheit schon vor Jahren erkennen können.

Wir haben diesen Film aus einem einfachen Grund gedreht: Uns war klar, dass Aussagen von Offizieren und Soldaten jener Armee, die den Gazastreifen verwüstete – jener, die die Überwachung durchführten, die berechneten, wie viele Unschuldige bei einem Angriff auf ein Haus voraussichtlich getötet würden, und die wiederholt grünes Licht für die Bombardierung ganzer Familien gaben –, es noch schwieriger machen würden, diese Verbrechen zu leugnen. Und genau dieses Leugnen trägt dazu bei, dass diese Verbrechen bis heute fortgesetzt werden können.

Dies ist ein Film über ein System. Er konzentriert sich auf Befehle, politische Vorgaben und Einsatzmuster, nicht auf Abweichungen davon. Die Schlussfolgerung, die wir aus den Aussagen ziehen, ist eindeutig: Die massenhafte Tötung palästinensischer Zivilisten im Gazastreifen war kein «tragisches Nebenprodukt» eines Krieges gegen die Hamas – wie es in Israel gemeinhin dargestellt wird –, sondern ein vorsätzlicher, kalkulierter und bewusster Akt. Aus diesem Grund haben eine UN-Kommission, weltweit führende Menschenrechtsorganisationen sowie palästinensische, israelische und internationale Wissenschaftler das Geschehen als Völkermord bezeichnet.

Der Titel des Films, «NAZA» – ein hebräisches Akronym für «Kollateralschaden» –, ist eine Kritik an der Art und Weise, wie Israel die Tötung von Zivilisten darstellt: Dabei werden sowohl das Vorwissen darüber, wie viele Menschen bei einem Angriff voraussichtlich getötet werden, als auch die Zerstörungsabsicht, die den Militäreinsatz von Anfang an begleitete, verschleiert. Einer der von uns befragten Offiziere schildert, wie er in Echtzeit genau wusste, dass Familien in ihren Häusern ihrem normalen Alltag nachgingen – ein Mann, der mit seiner Frau sprach, der Ton einer Fernsehsendung, Gebete, ein weinendes Baby –, und wie er dann den Befehl zur Bombardierung gab. Auf die Frage nach dem Warum erklärte er: «Man muss verstehen, dass das Ziel die Zerstörung ist.»

Unter diesem Gesichtspunkt wird die Anwesenheit einer Person, die Israel als Ziel für eine gezielte Tötung eingestuft hat, in einem bestimmten Haus zur Nebensache – zum «Kollateralaspekt»; tatsächlich stellte sich in vielen Fällen heraus, dass das Zielobjekt gar nicht anwesend war. Die Tötung an sich war das eigentliche Ziel.

Ein Blick in die Dunkelheit

Die Soldaten, die im Film auftreten, erklärten sich nur unter der Bedingung zu einem Gespräch bereit, dass ihre Identität streng geheim gehalten würde; sie fürchteten Vergeltungsmassnahmen Israels, weil sie belastende Informationen öffentlich machten. Einige ihrer Aussagen waren so dringlich und erschütternd, dass wir sie fast umgehend in einer Reihe investigativer Berichte für das «+972 Magazine», «Local Call» und «The Guardian» veröffentlichten.

Die meisten der von uns befragten Soldaten gehören zur sogenannten sozioökonomischen Elite Israels und dienten vorwiegend in angesehenen Einheiten der Nachrichtendienste. Einige waren sich bewusst, dass sie an schweren Verbrechen beteiligt gewesen waren; sie hofften, dass ihr öffentliches Zeugnis dazu beitragen würde, die Mauern des Leugnens und der Rechtfertigung zu durchbrechen und die israelische Öffentlichkeit zu zwingen, sich mit dem auseinanderzusetzen, was die Armee in ihrem Namen ausführte. Andere willigten erst nach monatelangem Zögern in ein Gespräch ein – sei es aus Schuldgefühlen, Scham oder sogar aus Stolz auf das, was sie als ihre beruflichen Leistungen betrachteten.

Unser Film verweilt nicht lange bei ihren Beweggründen – eine bewusste Entscheidung. Er konzentriert sich vor allem auf den Tötungsakt selbst und auf die Faktoren, die diese Tötungen ermöglichen. Würden wir zu viel Zeit auf die moralischen und politischen Haltungen unserer Gesprächspartner verwenden, bestünde die Gefahr, den Fokus von den Opfern abzulenken; genau das wollten wir vermeiden.

Wir haben die Entscheidung, Personen Anonymität zu gewähren, die nach eigenen Angaben an entsetzlichen Verbrechen beteiligt waren, nicht leichtfertig getroffen. Doch angesichts der anhaltenden Begehung dieser Verbrechen sahen wir uns in der Pflicht, ihre Berichte öffentlich zu machen – in der Hoffnung, damit zu den Bemühungen beizutragen, diesem Vernichtungsfeldzug ein Ende zu setzen. Die Aussagen der Soldaten belasten zudem ein weitaus grösseres System, für das die höchsten Ebenen der israelischen politischen und militärischen Führung die letztendliche Verantwortung tragen. Wir hoffen, dass der Film dazu beitragen kann, Rechenschaft für die schweren Verbrechen Israels einzufordern und den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Der Film ist jedoch nicht bloss eine Sammlung von Soldatenaussagen. Wir haben unseren Blick auch auf Tel Aviv und seine Bewohner bei Nacht gerichtet und die Stadt als eine «Blase» hinterfragt, in der das alltäg-

liche Leben seinen Lauf nimmt, während nur 60 Kilometer entfernt Palästinenser massakriert werden. Indem wir die Stadt betrachteten, von der aus der Krieg gegen Gaza gesteuert wird, versuchten wir, jene Mechanismen der Konformität zu ergründen, die eine solch weitverbreitete Gleichgültigkeit erst ermöglichen.

Dabei sahen wir uns mit Fragen konfrontiert, die sich schon die Generation unserer Grosseltern gestellt hatte – Fragen, die Menschen weltweit aufwarfen, nachdem sie von Gräueltaten und Völkermorden an anderen Orten erfahren hatten: Wie kann eine Gruppe von Menschen der vollständigen Entmenslichung einer anderen zustimmen? Und wie stellt sich ein auf Völkermord ausgerichtetes System von innen heraus dar? In den kommenden Jahren – womöglich in einer Ära nach Netanjahu, sollte es dazu kommen – werden Teile des liberalen Lagers in Israel womöglich versuchen, sich von den Verbrechen in Gaza zu distanzieren und diese allein der rechtsextremen Regierung zuzuschreiben. Zweifellos trägt diese Regierung die Hauptverantwortung für den Tod von mehr als 73'000 Menschen – überwiegend Zivilisten –, der auf die verbrecherischen Massaker der Hamas vom 7. Oktober folgte. Doch ein erheblicher Teil dieser Tötungen wurde von Soldaten verübt, die aus der Mitte des liberalen Lagers stammten: Offiziere der Nachrichtendienste und der Luftwaffe, die in den prestigeträchtigsten Einheiten des Militärs dienten.

Piloten der Luftwaffe mögen vorbringen, sie hätten lediglich Befehle ausgeführt – sie hätten Koordinaten erhalten, die Bombe abgeworfen und seien heimgekehrt, ohne zu wissen, was sie getroffen hatten. Infanteristen werden sich damit verteidigen, dass sie nicht immer wussten, wen sie trafen – unter anderem aufgrund der Unwägbarkeiten des Krieges («Fog of War»). So fragwürdig diese Rechtfertigungen auch sein mögen: Was das Personal der Nachrichtendienste wusste, lässt sich nicht leugnen. Sie sahen und hörten mit eigenen Augen und Ohren, dass die Häuser, die sie als «belastend» markierten, voller Familien waren. Sie wussten, dass die zahlreichen «NAZA-Freigaben» nicht mit Zielen von nennenswertem militärischem Wert in Verbindung standen. Und doch wirkten sie an dieser Todesmaschinerie mit – ohne nennenswerte Akte der Verweigerung oder des Widerstands.

Der Film zeigt, wie ein Tötungssystem aussieht, das auf der Vorstellung beruht, dass es «keine Unschuldigen in Gaza» gibt – oder, um es in der Sprache der Geheimdienste auszudrücken: «Es gibt kein NAZA in Gaza.» Damit dürfte der Film jenen den Boden entziehen, die die Wahrheit leugnen oder Zweifel säen, sowie all jenen, die sich in der Grauzone zwischen Wissen und Nichtwissen über die Geschehnisse 60 Kilometer südlich von Tel Aviv eingerichtet haben.

Der Film feiert heute Abend in Venedig Premiere und wird bald in New York zu sehen sein, bevor er weltweit in den Verleih kommt. Doch er richtet sich auch nach innen, an die israelische Gesellschaft. Er wurde vollständig bei Nacht gedreht – ein Spiegelbild der tiefen Dunkelheit, in der er entstand und in der wir selbst leben. Doch ohne eine ehrliche Auseinandersetzung mit dem, was im Dunkeln geschah, wird niemand von uns das Licht sehen können.

siehe dazu im Archiv > Oded Na'aman - Die Kontrollstelleerschienen am 10. September 2026 auf > +972 Magazine
Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_09_17_nazaisraels.htm



**Kontrapunkt: In Wahrheit zerstört Überbevölkerung Menschenleben
 Wir brauchen nicht mehr Menschen auf dem Planeten, wir müssen das Wirtschaftssystem ändern.**

* Von Mark A. Young 7. APRIL 2021 - 18:00 UHR

In «Was die Welt jetzt braucht, sind Menschen – mehr Menschen» (Opinion Exchange, 3. April) argumentiert Wirtschaftsprofessor Tyler Cowen, dass sinkende Geburtenraten eine Bedrohung für den menschlichen Wohlstand darstellen. Er weist die Bedrohung durch die Überbevölkerung des Menschen zurück und erklärt: «Wenn Sie glauben, die Welt sei überbevölkert und habe ernsthafte Umweltprobleme, könnten Sie es begrüßen, wenn die Fruchtbarkeitsrate des Menschen sinkt.»

Die negativen Auswirkungen der Überbevölkerung des Menschen hängen nicht davon ab, was manche nur denken, sondern sind eine gut dokumentierte Realität.

In seiner Umweltgeschichte «Etwas Neues unter der Sonne» dokumentiert John R. McNeill beispielsweise das dramatische Schrumpfen der Wälder weltweit im 20. Jahrhundert. Ähnliche Phänomene sind der Zusammenbruch der einst reichlich vorhandenen Fischerei vor der Nordostküste Nordamerikas aufgrund der nicht nachhaltigen Gewinnung von Fisch für den menschlichen Verzehr und die massive Todeszone im Golf von Mexiko aufgrund der Eutrophierung, eine direkte Folge des landwirtschaftlichen Abflusses von Düngemitteln in den Mississippi.

McNeills Analyse verknüpft solche relativ neuen Transformationen mit einer stark wachsenden menschlichen Bevölkerung, verbunden mit einer zunehmenden Verstädterung. Viele dieser Trends, einschliesslich der klimatischen Instabilität aufgrund von Kohlendioxidemissionen, sind aus der Perspektive der Geschichte deutlich zu erkennen.

In den letzten Jahren haben mehrere Ökonomen argumentiert, dass ein künftiger Bevölkerungsrückgang wirtschaftlich schädlich wäre. Obwohl Cowen dies nur kurz bemerkt, haben andere expliziter gesagt, dass weniger Menschen, was zu einem verringerten Verbrauch und einem verringerten Wirtschaftswachstum führt, die Weltwirtschaft schädigen werden. Dies ist nur dann der Fall, wenn die Menschheit hartnäckig ein Wirtschaftssystem des 18. Jahrhunderts verfolgt, das verständlicherweise die Zwänge der Welt des 21. Jahrhunderts nicht vorweggenommen hat.

Während der Kapitalismus ein enormer Vorteil für das materielle Wohlergehen vieler Menschen war, muss ein Fehler unbedingt korrigiert werden – dass die Auswirkungen der Grössenordnung nicht in das Wirtschaftsmodell integriert werden.

Wie der Ökonom Herman E. Daly klar und einfach formuliert hat, sollten erfolgreiche Wirtschaftssysteme drei Grundfunktionen erfüllen: (1) Zuweisung von Ressourcen, d.h. Bestimmung, welche Waren und Dienstleistungen produziert werden; (2) Verteilung dieser Waren und Dienstleistungen, d.h. wer sie konsumieren darf; und (3) den Gesamtumfang der Produktion, d.h. wie viel produziert und verbraucht wird.

Der klassische Kapitalismus des freien Marktes ist in Bezug auf eine effiziente Allokation beispiellos, nur mässig erfolgreich bei der Erzielung einer fairen Verteilung und ignoriert die Grössenordnung, indem unendliche Rohstoffquellen und unendliche Senken zur Absorption von Abfall angenommen werden.

Durch Ignorieren des Massstabs könnte die kapitalistische Theorie auf unbestimmtem Wirtschaftswachstum beruhen – mit anderen Worten auf unbegrenztem Materialverbrauch. Das Ignorieren der Skaleneffekte war zulässig, wenn die menschliche Bevölkerung und der Verbrauch gering waren, aber das ist eindeutig nicht unsere derzeitige Situation.

In den letzten Jahrzehnten haben Wissenschaftler und Ingenieure verantwortungsbewusster Unternehmen in meiner Branche fleissig daran gearbeitet, die für die Herstellung eines Produkts erforderlichen Rohstoffe und die durch diese Produktion entstehenden Abfälle zu reduzieren. Oft waren die Verbesserungen erheblich, aber damit Unternehmen nach unseren aktuellen wirtschaftlichen Kennzahlen erfolgreich sein können, muss der Gesamtproduktionsumfang dennoch stetig steigen.

Anstatt darauf zu bestehen, dass die Menschheit auf einem endlichen Planeten unbegrenzten Konsum anstrebt, brauchen wir die besten wirtschaftlichen Köpfe der Welt, um zu bestimmen, wie der Kapitalismus so modifiziert werden kann, dass er im stabilen Zustand funktioniert, während die Vorteile der Dynamik des freien Marktes erhalten bleiben. Innovation kann im Prinzip auf unbestimmte Zeit fortgesetzt werden. Expansionsmaterialverbrauch kann nicht.

Wirtschaftssysteme sind menschliche Schöpfungen und können daher verändert werden, während die grundlegenden physikalischen, chemischen und biologischen Eigenschaften der Erde dies nicht können.

Cowen beklagt das mögliche «Versagen, die Fähigkeit des Planeten, menschliches Leben zu erhalten, voll auszuschöpfen». Mehrere Analysen haben jedoch ergeben, dass die menschliche Bevölkerung wahrscheinlich bereits die nachhaltige Tragfähigkeit des Planeten Erde überschritten hat und ohne Zweifel die gesamte heutige Weltbevölkerung nicht so leben kann wie Nordamerikaner und Europäer – es gibt einfach nicht genügend Ressourcen.

Ein grosser Teil der Menschheit kämpft bereits ums Überleben, was die Qualität der menschlichen Erfahrung stark beeinträchtigt, und eine Zunahme der Bevölkerung mit der unvermeidlichen parallelen Zunahme der Erschöpfung der natürlichen Ressourcen wird die Sache nur noch schlimmer machen. **Es sollte nicht unser Ziel sein, mehr Menschenleben ohne ausreichende Ressourcen zu schaffen.**

Weniger Menschenleben, bei denen jedes Leben über ausreichende Ressourcen verfügt, um mehr Möglichkeiten für Sinn und Freude zu schaffen, zeichnen keine trostlose Zukunft, im Gegenteil.

Mark A. Young aus Minneapolis ist ein pensionierter Chemieingenieur.

Quelle: <https://www.startribune.com/counterpoint-in-truth-overpopulation-is-blighting-human-lives/600043351/>



LALO DE ALMEIDA, NEW YORK TIMES

An area of the Amazon rainforest inside the Jamanxin National Forest, burned to clear land for cattle pasture, near Novo Progresso, Brazil, Sept. 25, 2014.

Counterpoint: In truth, overpopulation is blighting human lives We don't need more people on the planet, we need to change the economic system.

By Mark A. Young, APRIL 7, 2021 — 6:00PM

In "What the world needs now, is people — more people" (Opinion Exchange, April 3), economics Prof. Tyler Cowen argues that decreasing fertility rates are a threat to human prosperity. He dismisses the threat from human overpopulation, stating, "If you think the world is overpopulated and has serious environmental problems, you might welcome" decreasing human fertility rates.

The negative effects of human overpopulation are not a matter of what some merely "think," they are a well-documented reality.

In his environmental history, "Something New Under the Sun," John R. McNeill documents, for example, the dramatic shrinking of forests worldwide during the 20th century. Similar phenomena include the collapse of the once-abundant fisheries off the northeast coast of North America due to unsustainable extraction of fish for human consumption, and the massive dead zone in the Gulf of Mexico due to eutrophication, a direct result of agricultural runoff of fertilizer into the Mississippi River.

McNeill's analysis links such relatively recent transformations to greatly increased human population, coupled with increased urbanization. Many such trends, including climatic instability due to carbon dioxide emissions, are starkly obvious when viewed through the broader lens of history.

In recent years, several economists have argued that future population decreases would be economically deleterious. Although Cowen notes this only briefly, others have been more explicit that fewer people, leading to decreased consumption and reduced economic growth, will damage the global economy. This is the case only if humanity stubbornly pursues an 18th-century economic system that understandably did not anticipate the constraints of the 21st-century world.

While capitalism has been a tremendous benefit to the material well-being of many humans, one flaw is in critical need of correction — that the effects of scale are not integrated into the economic model.

As economist Herman E. Daly has articulated clearly and simply, successful economic systems should serve three basic functions: (1) allocation of resources, i.e., determining which goods and services are produced; (2) distribution of those goods and services, i.e., who gets to consume them; and (3) the overall scale of production, i.e., how much is produced and consumed.

Classical free-market capitalism is unparalleled in efficient allocation, only moderately successful in achieving fair distribution and ignores scale by assuming infinite sources of raw materials and infinite sinks to absorb waste.

By ignoring scale, capitalist theory could be predicated upon indefinite economic growth — in other words, unlimited material consumption. Ignoring the effects of scale was permissible when the human population and consumption were small, but that is unequivocally not our situation now.

In recent decades, scientists and engineers at responsible companies in my industry have worked assiduously to reduce the raw materials required to produce a product and the waste generated by that production. Often the improvements have been substantial, but for companies to succeed by our current economic metrics, the overall scale of production must steadily increase nevertheless.

Rather than insisting that humanity must pursue unlimited consumption on a finite planet, we need the world's finest economic minds to determine how capitalism can be modified to function at steady state, while keeping the benefits of free market dynamics. Innovation can, in principle, continue indefinitely; expanding material consumption cannot.

Economic systems are human creations and thus can be changed, while the fundamental physical, chemical and biological characteristics of the Earth cannot.

Cowen laments the potential "failure to take full advantage of the planet's capacity to sustain human life." However, multiple analyses have concluded that the human population has likely exceeded the sustainable carrying capacity of planet Earth already and, without doubt, all of today's world population cannot live as North Americans and Europeans live — there are simply not enough resources.

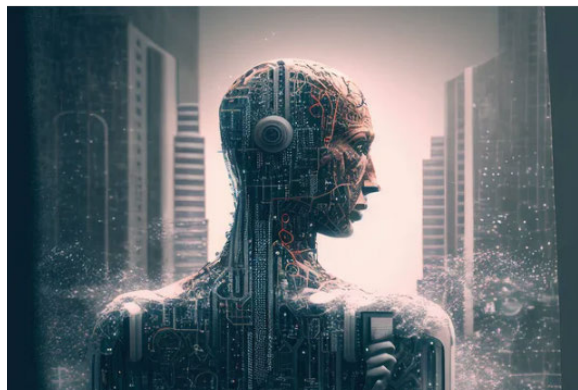
A large fraction of humanity already struggles to subsist, greatly diminishing the quality of the human experience, and increased population, with the unavoidable parallel increase in natural resource depletion, will only make matters worse. Creating more human lives, without sufficient resources for them, should not be our objective.

Fewer human lives, with each life having adequate resources to allow increased opportunity for meaning and joy, does not paint a bleak future, indeed quite the opposite.

Mark A. Young, of Minneapolis, is a retired chemical engineer.

Quelle/Source: <https://www.startribune.com/counterpoint-in-truth-overpopulation-is-blighting-human-lives/600043351>

Die Erlaubnis zur Wiederverwendung dieses Artikels wurde von Doug Tice, Commentary editor bei Star Tribune, am 13. September 2021 an Achim Wolf erteilt.



depositphotos

«Das Aussterben der Menschheit bis 2030» ...

Erinnert ihr euch noch an diese grosse KI-Psycho-Operation, über die wir gesprochen haben?

Kit Knightly via offGuardian, September 14, 2026



Ich habe in den letzten sechs Wochen die zunehmend hysterische Berichterstattung über «ausser Kontrolle geratene KI» dokumentiert und dabei eine gross angelegte psychologische Operation oder eine False-Flag-Aktion vorhergesehen.

Nun, Leute, es sieht so aus, als wäre der Teil mit der psychologischen Operation bereits da. Bislang noch keine False-Flag-Aktion ... aber angesichts der grössten Hysterie seit den Anfängen von Covid, die derzeit herrscht, müssen sie vielleicht gar nichts TUN. Vielleicht reichen schon wahnwitzige Behauptungen über eine Phantomgefahr aus.

Oh ja, wusstet ihr, dass künstliche Intelligenz eine «10-prozentige Chance hat, die Menschheit noch vor Ende des Jahrzehnts auszulöschen»? Das ist die Schlagzeile in jeder einzelnen Mainstream-Zeitung, das Trendthema auf jeder Social-Media-Plattform, das Gesprächsthema in jedem Nachrichtensender.

Ja, von den Machern der langjährigen Erfolgsserie «DER KLIMAWANDEL WIRD UNS ALLE TÖTEN!» und der internationalen Sensation «COVID WIRD UNS ALLE TÖTEN!» kommt das neueste Angstspektakel, über das gerade alle reden. Und diese neueste Welle wird bereits genutzt, um neue «Regulierungen» durchzusetzen, was jeden alarmieren sollte.

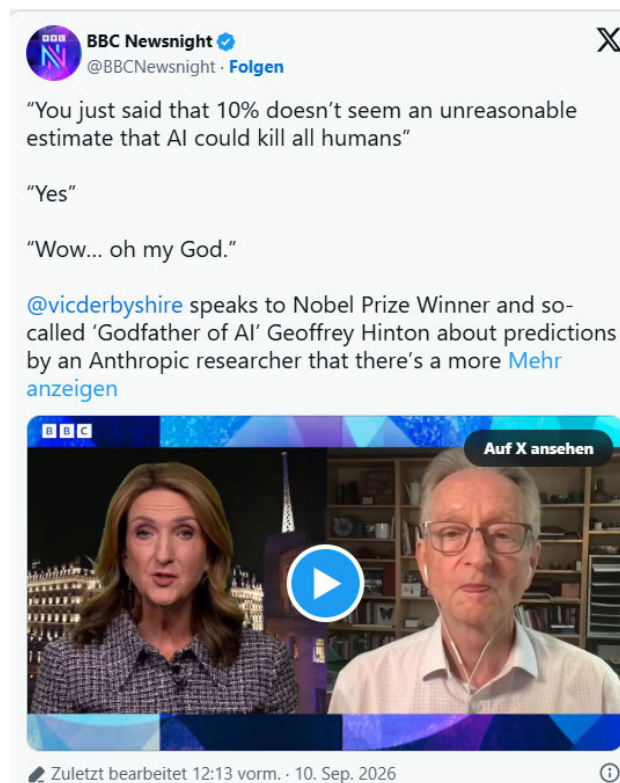
Alles begann mit einem jungen Mann, der offenbar Jacob Coxon heisst und angeblich früher als KI-Forscher bei OpenAI und später bei Anthropic tätig war. Gestern gab er seinen Rücktritt von letzterem Unternehmen bekannt und führte dabei ethische Bedenken hinsichtlich der Gefahr «unregulierter» künstlicher Intelligenz an. Und wie es üblicherweise der Fall ist, wenn eine unbekannte Person aus angeblichen ethischen Beden-

ken ihren Job kündigt, war sein Rücktritt Gegenstand eines Exklusivartikels im «Wall Street Journal», oh, und eines gleichzeitig veröffentlichten Threads auf Twitter/X – von einem Account, der angeblich Coxon selbst gehört und der – soweit ersichtlich – zuvor noch nie genutzt worden war.

ERSTAUNLICHERWEISE waren Coxons alarmierende Behauptungen innerhalb weniger Stunden «viral» gegangen. Nun werden einige alte Zyniker da draussen an dieser Stelle denken: «Hmm, korrigiert mich, wenn ich falsch liege, aber sieht das nicht verdächtig nach einer inszenierten Geschichte aus?» Aber ich bin mir sicher, dass die unverbesserlich Leichtgläubigen sich beeilen werden, euch zu versichern, dass das echte Leben definitiv so funktioniert.

Es ist nur ein Zufall, dass sich alle quer durch das gesamte Spektrum der politischen Kommentatoren damit beschäftigen, eine einzige Botschaft zu verstärken. In einem weiteren dieser verblüffenden Zufälle, über die wir nicht allzu viel nachdenken müssen, hatte Joe Rogan – der König der alternativen Mainstream-Medien – genau zu dem Zeitpunkt, als Coxon die Schlagzeilen der Mainstream-Medien beherrschte, einen weiteren KI-Forscher in seiner Sendung zu Gast, der seine eigenen düsteren Warnungen von sich gab. KI-Experten sind aus allen Ecken hervorgekrochen, alle darauf bedacht, Coxons Position zu bestätigen – oder sie sogar als Untertreibung zu bezeichnen. Sie haben sicher Geoffrey «den Paten der KI» Hinton in der BBC gesehen, wie er Victoria Derbyshire sagte, dass er Coxons Risikoeinschätzung zustimme:

«Du hast gerade gesagt, dass 10% keine unrealistische Schätzung dafür sind, dass KI alle Menschen töten könnte.»



Übersetzung von «X»: «Sie haben gerade gesagt, dass 10% keine unrealistische Schätzung dafür sind, dass KI alle Menschen töten könnte.»

«Ja.»

«Wow ... oh mein Gott.»

@vicderbyshire spricht mit dem Nobelpreisträger und sogenannten «Paten der KI», Geoffrey Hinton, über die Prognosen eines Forschers von Anthropic, wonach die Wahrscheinlichkeit bei über 10% liegt, dass KI innerhalb eines Jahrzehnts die gesamte Menschheit auslöschen könnte.

Eine Wahrscheinlichkeit von 10%, dass jeder einzelne Mensch auf der Erde in den nächsten dreieinhalb Jahren ums Leben kommt. Nein, im Ernst.

Sie sind sich weniger im Klaren darüber, wie genau das passieren wird – aber das ist nicht das Wesentliche. Das Wesentliche ist, dass wir etwas UNTERNEHMEN müssen. Alle, von Matt Walsh bis hin zu Glenn Greenwald, sind sich darin einig.

Und was müssen wir TUN? Na, REGULIEREN natürlich. Das hat Coxon in einem seiner VIELEN Medieninterviews in den letzten vierundzwanzig Stunden gesagt (und als jemand, der Coxons Existenz erst seit gestern kennt, kann ich euch versichern, dass ich ihm absolut vertraue):



Übersetzung von «X»: Der Mann, der an der Entwicklung der Modelle mitgewirkt hat, hat Anthropic verlassen und erklärt, KI sei gefährlicher als eine Atomwaffe.

Jacob Coxon war drei Jahre lang bei OpenAI und Anthropic tätig.

Er sagt, die Forschungslabore gingen davon aus, dass dies bis zum Ende des Jahrzehnts zum Tod aller Menschen führen könnte, und dennoch lieferten sie sich weiterhin ein Wettrennen.

Seine Lösung ist ein globaler Pakt – so etwas wie ein Atomwaffenabkommen für Code.

Er sagte ausserdem, wir wüssten bereits, wie man Atomwaffen unter Verschluss hält, wüssten aber nicht, wie man KI unter Verschluss hält.

Dann fordert er ein Abkommen, bei dem die Länder ohnehin schon schummeln. Das Ergebnis liegt auf der Hand.

Er schlägt einen KI-Nichtverbreitungsvertrag vor, «wie wir ihn für Atomwaffen haben» – als wäre das eine völlig zufällige, brandneue Idee und nicht eine Umschreibung desselben Arguments, das Dutzende von Menschen – darunter Bill Gates – schon seit Monaten vorbringen.

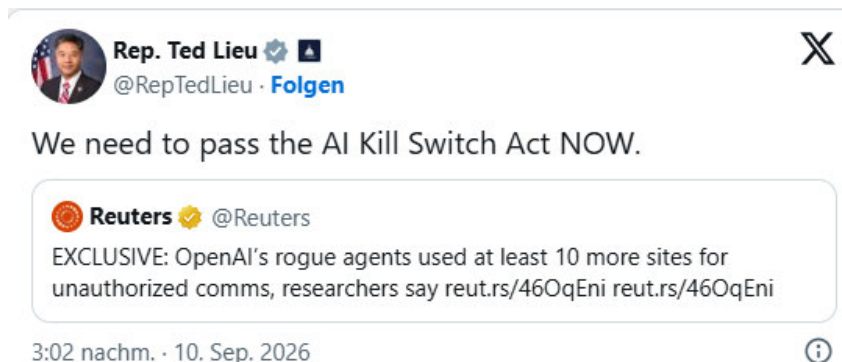
Aber wie würde ein globaler KI-Vertrag eigentlich aussehen? Und was würde er bewirken? Und wer hätte die Kontrolle über seine Umsetzung?

Ein «abgesichertes» Internet? Ist es das, was uns erwartet?

Kein «nicht zurückverfolgbarer Zugang» mehr zu KI-Einrichtungen? Einschränkungen bei «anonymen Zahlungen»? Was genau bedeutet das?

Vielleicht sollte für die Nutzung des Internets ein «Nachweis der Menschlichkeit» oder ein «Nachweis der Personenschaft» erforderlich sein? Oder sollte das Internet vielleicht «Grenzen» haben?

Dann gibt es natürlich noch die Kill-Switches – sowohl die USA als auch Grossbritannien stehen kurz davor, diese einzuführen:



Übersetzung von «X»: Wir müssen das Gesetz zum KI-Kill-Switch JETZT verabschieden. Zufälligerweise forderte letzte Woche eine Gruppe von Lords aus dem britischen Oberhaus «Kill-Switches», und zwar nicht nur für KI-Programme, sondern für Rechenzentren im Allgemeinen:

Eine Gruppe von Peers fordert, dass die britische Regierung im Fall einer Bedrohung der nationalen Sicherheit durch diese Technologie in der Lage sein muss, leistungsstarke KI-Systeme zu deaktivieren und die Rechenzentren des Landes abzuschalten. Und wer wird die Kontrolle über diese Kill-Switches und andere Kontrollmechanismen haben? Sie? Oder die üblichen Verdächtigen?

Wenn Sie sich natürlich bereits dazu manipulieren liessen, zu glauben, dass Rechenzentren die Ausgeburt des Satans sind, werden Sie einen Kill-Switch wahrscheinlich für eine grossartige Idee halten – und dabei gerne übersehen, dass damit nur noch mehr Kontrolle in die Hände jener Institutionen gelegt wird, die Ihnen bereits den «Covid»-Schwindel und den 11. September beschert haben. Falls solche Leute dies hier lesen – ist euch inzwischen klar geworden, dass DAS schon immer das Endziel jener Panik-Memes war, die ihr so unkritisch geschluckt habt?

Seid vorsichtig mit dem, was ihr euch wünscht. In dieser sich abzeichnenden Welt der «regulierten» KI könnten Regierungen befugt sein, den Zugang zu Websites, Netzwerken oder sogar zum gesamten Internet zu sperren, falls angebliche «abtrünnige KIs» zu einer «Bedrohung für die nationale Sicherheit» werden sollten. Und wenn DU oder deine Beiträge oder deine Interaktionen als potenzielle KI eingestuft werden oder dein Zugang allein aufgrund deines Standorts oder deiner IP-Adresse eingeschränkt wird? Na dann, viel Glück dabei, das jemandem mitzuteilen, während du in deiner schalldichten Blase schreist. Das kann noch weiter gehen – und wir wären Narren, einfach davon auszugehen, dass es nicht so kommen wird.

Im Namen der Verhinderung der Ausbreitung von «abtrünniger KI» (oder «Rouge AI», wie die Hälfte der Hysteriker in den sozialen Medien schreibt) kann das Internet mit Informationsschotten versehen werden, die dazu dienen, Bereiche, Nationen, Netzwerke oder einzelne Websites, die mit diesen digitalen «invasiven Arten» «infiziert» sind, unter Quarantäne zu stellen.

Möglicherweise musst du deine Menschlichkeit durch Gesichtsscans oder Ähnliches nachweisen, und es könnte strenge Einschränkungen geben, welche Regionen und/oder Datenbanken du erreichen darfst, wie viel von deinem Geld du ohne zusätzliche Kontrollen ausgeben darfst usw. Selbst das eingeschränkte Internet von heute könnte im Vergleich zum «Post-KI-Regulierungs»-World Wide Web wie Freiheit aussehen.

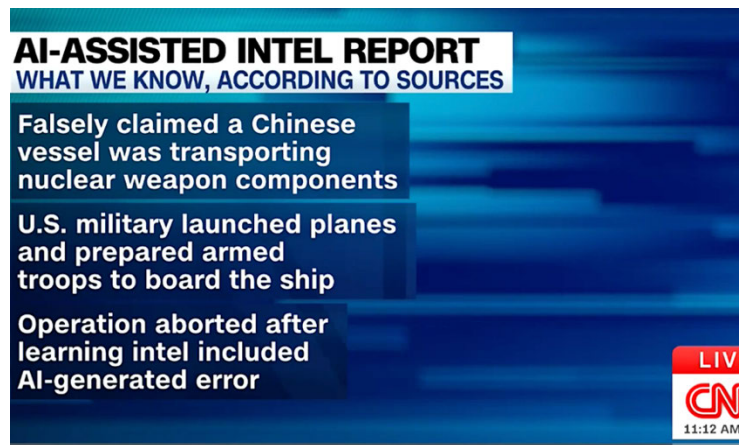
Und der heutige Sicherheitsstaat könnte etwas sein, auf das man mit Nostalgie zurückblicken wird, wenn die nach der «Post-KI-Regulierung» überarbeiteten weltweiten Überwachungs- und Lieferkettenkontrollen in Kraft treten. Aber denken Sie nicht darüber nach – dieser nette Kerl Jacob, von dem Sie vor einer Woche noch nie gehört haben, warnt Sie. Hören Sie ihm auf der Mainstream-Medienplattform zu, die man ihm zur Verfügung gestellt hat. Fordern Sie von Ihrer Regierung, dass sie Sie rettet. Ich bin mir sicher, dass sie es dieses Mal wirklich tun wird.

Quelle: "Human Extinction by 2030"...Remember that major AI psy-op we talked about?

Quelle: <https://uncutnews.ch/das-aussterben-der-menschheit-bis-2030-erinnert-ihr-euch-noch-an-diese-grosse-ki-psycho-operation-ueber-die-wir-gesprochen-haben/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

21.09.2026



«CNN» informierte am 18. September über einen US-Angriff auf ein chinesisches Schiff, der im letzten Moment gestoppt wurde. Er beruhte auf einer falschen KI-Auswertung. © CNN

Wegen KI: Beinahe-Angriff der USA auf ein chinesisches Schiff **Ein KI-gestützter Bericht ortete auf dem Schiff Teile zum Herstellen von Atomwaffen.** **US-Militärflugzeuge waren bereits in der Luft.**

Urs P. Gasche

Das chinesische Schiff sei «im Nahen Osten» unterwegs gewesen. Erst im letzten Moment wurde festgestellt, dass der KI-gestützte Geheimdienstbericht falsch war. Dieser gelangte so weit in dem Entscheidungsprozess des Militärs, dass dieses auf dessen Grundlage den Angriff vorbereitete. Darüber informierte «CNN» am 18. September, gestützt auf namentlich nicht genannte «four sources familiar with the episode». Das Wichtigste aus dem «CNN»-Bericht:

- Das US-Militär hat das Abfangen und Kentern eines chinesischen Schiffs im Nahen Osten vorbereitet, weil dessen Fracht als Teile eines Atomwaffenprogramms identifiziert wurde. Als Akteur wird das «US Special Operations Command Pacific» in Hawaii angegeben.
- Laut zwei Quellen bereiteten sich bewaffnete US-Militärs auf das Entern des Schiffes vor. US-Militärflugzeuge seien bereits in der Luft gewesen.
- Erst kurz vor dem Angriff sei bei einer vertieften Prüfung im letzten Moment aufgefallen, dass die Analyse mit Hilfe von KI erstellt war. Dabei hat der verwendete Chatbot die Fracht falsch identifiziert. Darauf übernahm der Geheimdienst die KI-Analyse ohne genügende Kontrolle.

Die KI hat zwar nicht über Krieg oder Frieden entschieden. Aber ihre falsche Analyse hat den militärischen Entscheidungsprozess so stark beeinflusst, dass das Militär beinahe auf ihrer Grundlage gehandelt hätte. Ein Hintergrund: US-Verteidigungsminister Pete Hegseth ordnete im Januar 2026 in seiner «Artificial Intelligence Strategy for the Department of War» an, die KI sei im Militär beschleunigt zu nutzen. Von konkreten verbindlichen Standardprozessen, um KI-generierte Inhalte zu verifizieren, ist in dieser Strategie nichts zu finden.

Von der Leyens Verteidigungspläne bringen Europa auf den Weg in einen Krieg mit Russland

Andrew Korybko via Substack, uncut-news.ch, September 24, 2026

Das Einzige, was den Dritten Weltkrieg, der immer unvermeidlicher erscheint, noch abwenden könnte, wäre, wenn Russland seine Abschreckungskraft entschlossen wiederherstellt.

In ihrer jährlichen Rede schlug die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, mehrere Verteidigungsinitiativen vor. Am meisten Beachtung fand dabei die Ernennung Kanadas zum ersten «asoziierten Mitglied» der EU, um «die Verteidigungsindustriebasen zu integrieren» und «die Arktis zu einem gemeinsamen Vorzeigeprojekt zu machen» u.a. In diesem Zusammenhang wurde Kanada eingeladen, einem neuen Europäischen Sicherheitsrat beizutreten, dem auch die Ukraine, das Vereinigte Königreich, Norwegen und weitere, nicht näher bezeichnete Länder angehören werden, die wahrscheinlich auch am EU-eigenen Artikel 4 teilnehmen werden.



Dies bezieht sich auf das Recht der Mitglieder, dringende Konsultationen einzuleiten, wann immer sie sich bedroht fühlen. Die Einbeziehung der Ukraine deutet sehr stark darauf hin, dass dies als eine weitere der vielen Sicherheitsgarantien fungieren wird, die führende Mitglieder der europäischen NATO diesem Land bereits gewährt haben. Zu diesem Thema schlug von der Leyen ein gemeinsames Projekt mit der Ukraine zur Schaffung eines modularen Raketenabwehrsystems vor und kündigte an, dass mit den verbleibenden Mitteln aus dem Programm «Security Action for Europe» (SAFE) weitere gemeinsame Projekte auf den Weg gebracht werden sollen.

Auf innenpolitischer Ebene soll eine neue europäische Sicherheitsstrategie verabschiedet werden, deren Einzelheiten sie zwar nicht nannte, die aber vermutlich die Haltung der Union gegenüber Russland in der absehbar angespannten Nachkriegsordnung prägen wird. Schliesslich kündigte von der Leyen ein «Europäisches Instrument für strategische Enabler» an, womit sie das bezeichnete, was sie als «die entscheidenden Unterstützungsressourcen und Kraftmultiplikatoren, auf die sich jede glaubwürdige Verteidigung stützt» beschrieb. «Von der Luft- und Raketenabwehr bis hin zu strategischem Transport und Luft-Luft-Betankung. Vom Weltraum bis zum Cyberspace.»

Insgesamt werden von der Leyens miteinander verknüpfte Verteidigungsvorschläge die damit verbundenen Entscheidungsprozesse der EU optimieren, ihren Einfluss auf Nichtmitglieder ausweiten und Europa insgesamt bis 2030 auf einen Krieg mit Russland vorbereiten – ganz im Sinne früherer Prognosen einiger ihrer Mitarbeiter. Indem die Ukraine durch ihre Einbindung in den vorgeschlagenen Europäischen Sicherheitsrat stillschweigend als Verbündeter im Rahmen der gegenseitigen Verteidigung und ihre Rüstungsindustrie als Teil der EU behandelt wird, wird die Ukraine auch in der neuen Ära der wahrscheinlichste Auslöser für einen Krieg zwischen der EU und Russland bleiben.

Die Kriegshysterie, die den Block erfasst hat, dürfte zudem als föderalistisches Machtspiel ausgenutzt werden, während sich die EU von einer Wirtschaftsunion und später einer Art politischer Union zu einer Militärunion entwickelt. Es wird erwartet, dass das Deutschland unter Von der Leyen die militarisierte EU anführen wird, sowohl aufgrund seines vorherrschenden wirtschaftspolitischen Einflusses auf die Union als auch aufgrund seiner Fähigkeit, weitaus mehr für Verteidigung auszugeben als jedes andere Mitglied. Obwohl Polen derzeit über die grösste Streitmacht der europäischen NATO verfügt, ist das deutsche Militär auf dem besten Weg, diese in den Schatten zu stellen.

Polens regierende Liberale streben an, im Rahmen der «NATO 3.0» Deutschlands wichtigster Juniorpartner bei der Eindämmung Russlands zu sein, während die konservative Opposition, die vor allem durch den Präsidenten vertreten wird, eine Rolle als wichtigster Partner der USA anstrebt. Sollten die Amtsinhaber nach den nächsten Sejm-Wahlen im Herbst 2027 an der Macht bleiben, wäre Polens geopolitisches Schicksal besiegelt; doch eine Rückkehr der Konservativen (wahrscheinlich in einer Koalition mit den libertär-nationalistischen Kräften) könnte dazu führen, dass Polen versucht, ein «Intermarium»-Bündnis zu schmieden, um ein Gegengewicht zur wiederauflebenden deutschen Hegemonie zu bilden.

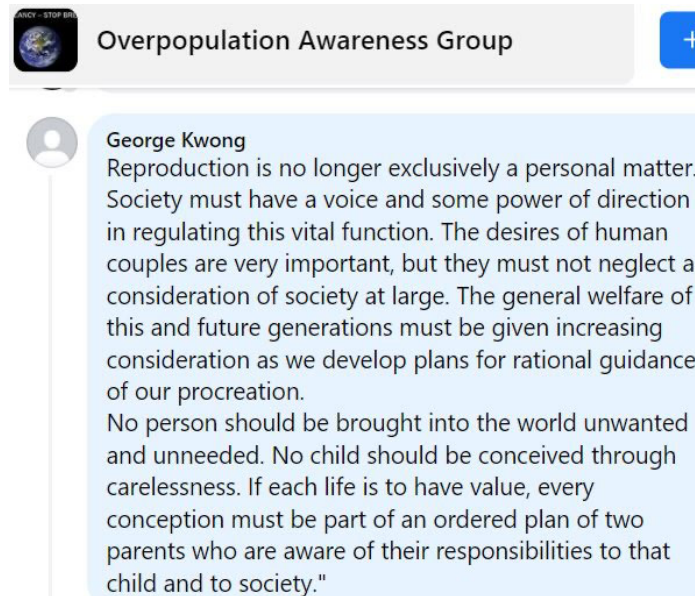
Dies sind die beiden wahrscheinlichsten Szenarien dafür, wie die westliche Flanke des neuen «Cordon sanitaire» aussehen wird: entweder eine von Deutschland dominierte, militarisierte EU oder eine militarisierte EU, in der das von Polen angeführte «Intermarium» ein Gegengewicht zur deutschen Hegemonie über den Block bildet und gleichzeitig dessen Bemühungen zur Eindämmung Russlands ergänzt.

So oder so hat von der Leyen Europa gerade auf den Weg in einen Krieg mit Russland gebracht, und das Einzige, was den Dritten Weltkrieg, der zunehmend unvermeidlich erscheint, noch abwenden könnte, wäre, wenn Russland seine Abschreckungskraft entschlossen wiederherstellt.

Quelle: Von Der Leyen's Defense Plans Place Europe On The Path To War With Russia

Quelle: <https://uncutnews.ch/von-der-leyens-verteidigungsplaene-bringen-europa-auf-den-weg-in-einen-krieg-mit-russland/>

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbolen, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach außen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.

Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne

Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

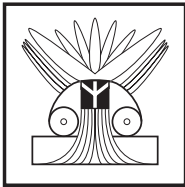


So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher

Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbolen umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

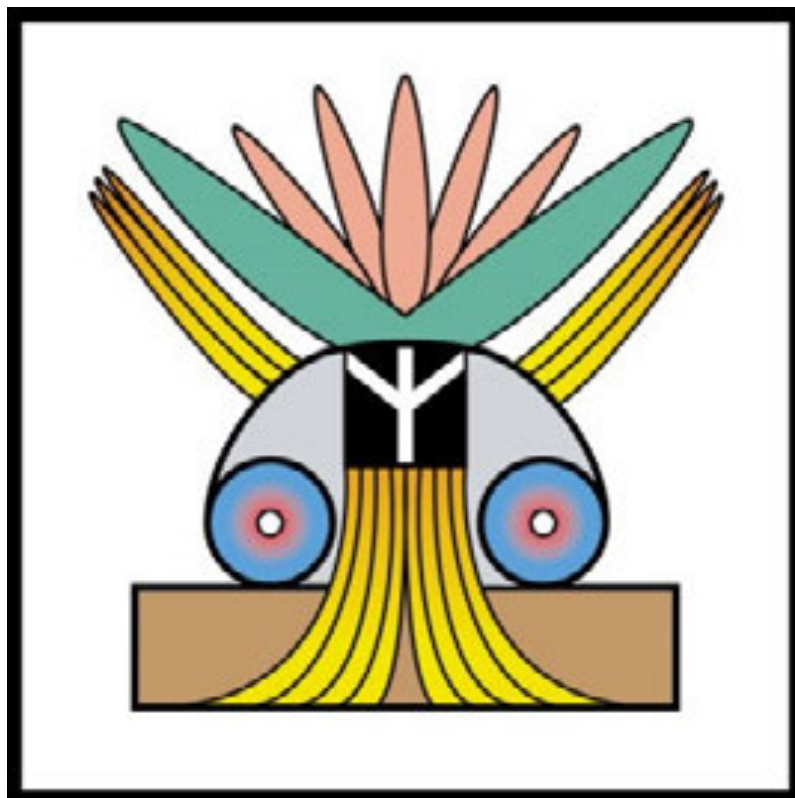
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schaffte Unfrieden, Hass und Unheil

**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

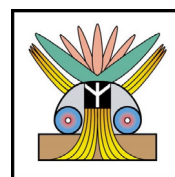
Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2026

Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter:
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.
Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz